



**ifa// »Europa neu gestalten«
Handreichung**

für Leiterinnen und Leiter des
EU-Planspiels in Südosteuropa

»Europa neu gestalten«

Handreichung für Leiterinnen und Leiter des EU-Planspiels in Südosteuropa

Autoren

Holger-Michael Arndt

Dr. Ragnar Müller

Markus Behne

Ingrid Halbritter

Diese Publikation ist Bestandteil eines vom Auswärtigen Amt geförderten Projekts im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa



Inhaltsverzeichnis

I.	Richtlinien für die Organisation eines EU-Planspiels »Europa neu gestalten« in Südosteuropa	4
1.	Planspieldauer und -ablauf	4
2.	Veranstaltungsort und Räume	5
3.	Rekrutierung und Registrierung der Teilnehmer	6
4.	Gestaltung der Mittagessen und der Pausen	7
5.	Vorbereitung der Materialien, technischer Geräte und Rollenbeschreibungen	7
6.	Teilnahmezertifikate	8
7.	Der Umgang mit Gästen und echten Medien	9
8.	Erarbeitung einer Jugenderklärung an die EU	9
II.	Storybook des Planspiels »Europa neu gestalten« in Südosteuropa	11
1.	Beginn des Planspiels	11
2.	Erste Treffen	11
3.	Formulierung der Beitrittsanträge und deren Überreichen	11
4.	Präsentation und Diskussion	12
5.	Stellungnahmen und Entscheidung	12
6.	Beginn der Verhandlungen	12
7.	Abstimmung im Rat und Europäischen Parlament	12
8.	Abschlusskonferenz	13
III.	Vorschläge zur Rollenverteilung für verschiedene Gruppengrößen	14
IV.	Ablauf des EU-Planspiels »Europa neu gestalten«	15
1.	Tag 1	15
2.	Tag 2	16
V.	Gestaltung der Verhandlungsgruppen (Kandidatenstatus)	18
1.	Grundsätzliche Aufteilung	18
2.	Beispiel für zeitliche Gestaltung	18
VI.	Richtlinien für die Arbeit der Spielleitung während des Planspiels	19
VII.	Umgang mit den Pausen während des Planspiels	20
VIII.	Hintergrundinformationen und Hinweise zur Arbeit mit der Mediengruppe.	21
1.	Medien – Mittler zwischen Politik und Gesellschaft	21
2.	Medien im Planspiel	22

IX.	Methodenauswahl für Aufwärmübungen und Auswertung	24
1.	Aufwärmübungen	24
2.	Auswertungsmethoden	25
X.	Hinweise zur Evaluation und Leitfragen	27
XI.	Zusatzmaterialien zum Einsatz beim Planspiel	29
1.	Die Europäische Union verstehen	29
2.	Kurzbeschreibung Albanien	32
3.	Kurzbeschreibung Bosnien-Herzegowina	34
4.	Kurzbeschreibung Kosovo	36
5.	Kurzbeschreibung Kroatien	38
6.	Kurzbeschreibung Mazedonien	40
7.	Kurzbeschreibung Montenegro	42
8.	Kurzbeschreibung Serbien	44
9.	Kurzbeschreibung Türkei	47

I. Richtlinien für die Organisation eines EU-Planspiels »Europa neu gestalten« in Südosteuropa

1. Planspieldauer und -ablauf

Das Planspielformat für Südosteuropa, das sich in der Praxis bewährt hat, dauert zwei Tage. Aus praktischen Gründen wird empfohlen, es am Wochenende (Samstag und Sonntag durchzuführen). Gründe hierfür sind:

- die berufstätigen Planspielleiter müssen keinen Urlaub nehmen
- teilnehmende Schüler brauchen keine Befreiung vom Unterricht
- Anreisezeiten sind besser zu bewältigen
- die Räume in politischen Institutionen wie z.B. Rathäuser, Parlaments- oder Regierungsgebäuden sind in der Regel frei (Nachteil: Hausmeisterdienste sind am Wochenende möglicherweise schlechter zu erhalten.)

Dennoch ist es selbstverständlich möglich, Planspiele auch in einem anderen Format oder eingebettet in eine andere Veranstaltung durchzuführen. Die Länge des Planspiels könnte auch variieren. Der obengenannte Zeitraum hat sich aber bewährt.

Folgende Grobstruktur des Planspiels hat sich bewährt

Tag 1

Uhrzeit Programm

- | | |
|-------|---|
| 9.30 | Beginn. Ankunft der Teilnehmer und Registrierung |
| 10.00 | Begrüßung und Vorstellung der Spielleiter (Teamer) |
| 10.30 | Vorstellung des Gesamtablaufs |
| 10.45 | Einführung in die Europäische Union |
| 12.00 | Vorstellung des Planspielablaufs, Verteilung der Rollen, Einlesen in die Rollenprofile |
| 13.00 | Bekanntgabe der Prinzipien und Regeln und Eröffnung des Planspiels |
| 13.15 | Rede des Kommissionspräsidenten |
| 13.30 | Mittagessen |
| 14.30 | Beitrittsanträge werden gestellt und dem Rat (der diese an EP und EK weiterleitet) übergeben |
| 15.30 | Die Beitrittsanträge werden in den drei Institutionen bearbeitet, um diese mit den Bewerberstaaten parallel besprechen zu können |
| 15.30 | Die Institutionen führen Gespräche mit den Antragstellern |
| 16.45 | Pause |
| 17.00 | Die Institutionen beraten über die Anträge auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien |
| 17.30 | Die EP und EK schreiben Stellungnahmen über die mögliche Verleihung des Kandidatenstatus und leiten diese an den Rat weiter. Der Rat berät die Stellungnahmen |
| 18.00 | Der bisherige Ablauf wird zusammengefasst und der nächste Tag erklärt |

Tag 2

Uhrzeit Programm

09.00	Beginn und Eintreffen der Teilnehmer
09.15	Begrüßung und Zusammenfassung des Ablaufs an diesem Tag
09.30	Der Rat trifft die Entscheidung über den Kandidatenstatus
10.00	Pressekonferenz und Bekanntgabe der Entscheidungen
10.15	Pause
10.30	Verhandlungen seitens des Rates und des EK mit den Beitrittskandidaten Einstimmige Abstimmung im Rat, das Parlament entscheidet mit Mehrheit
12.00	Mittagessen
13.30	Bekanntgabe über neue EU-Mitglieder, Unterzeichnung der Verträge und Pressekonferenz
14.00	Pause
14.30	Evaluierung und Verteilung der Teilnahme-Zertifikate
15.30	Ende der Veranstaltung

2.

Veranstaltungsort und Räume

Für die Teilnehmenden des Planspiels ist es sehr attraktiv, in den Räumlichkeiten politischer Institutionen – Rathäuser, Parlamentsgebäude etc. – zu spielen. Dort gelingt es auch einfacher, sich in die Rolle von aktiven Politikerinnen und Politikern hinein zu versetzen. Es macht gerade Jugendlichen sehr viel Spaß, an authentischen Orten zu sein, die im Regelfall für sie (noch) völlig unerreichbar sind und die sie nur aus dem Fernsehen oder der Presse kennen.

Die Nutzung solcher Gebäude muss sehr frühzeitig, mindestens 6 bis 8 Wochen vor der geplanten Veranstaltung, bei der zuständigen Stelle oder Person beantragt werden. Am einfachsten ist die offizielle schriftliche Beantragung durch die jeweilige Trägerorganisation. Insbesondere müssen praktische Informationen geklärt werden.

Vor der Einreichung des Antrags wird jedoch ein persönliches Gespräch mit einer zuständigen Person oder Stelle empfohlen, bei dem praktische Einzelheiten besprochen werden:

- Dürfen Getränke ins Gebäude gebracht werden?
- Kann eine Kantine fürs Essen genutzt werden? Wenn ja, welche Kosten verursacht dies?
- Ist es erlaubt, dass eine Cateringfirma das Mittagessen im Gebäude serviert?
- Gibt es Sicherheitsbestimmungen und Sicherheitskontrollen? Müssen die Teilnehmenden Ausweisdokumente mitbringen?
- Kann die Institution eventuell notwendige Mehrarbeit des Personals finanzieren?
- Wie genau sind die Öffnungszeiten des Gebäudes?
- Sind am Wochenende technische Geräte wie z.B. die Lautsprecheranlage; Kopiergerät verfügbar?
- Gibt es eine Hausordnung, die beachtet werden muss?

Im Antrag sollte folgendes stehen

- Um welche Art der Maßnahme (politische Bildung) geht es und wie viele Personen werden erwartet?
- Wer ist der Träger und wer finanziert die Maßnahme?
- Welche und wie viele Räume werden benötigt?
- Welche Hilfen werden durch den Veranstaltungsort erwartet?

- Welche Materialien und Geräte werden mitgebracht?
- Die mündlich besprochenen Vereinbarungen?

Es wird dringend empfohlen, rechtzeitig auf eine schriftliche Genehmigung zu bestehen und sich nicht auf mündliche Zusagen zu verlassen. In dieser Genehmigung sollten die o. g. Einzelpunkte aus dem Antrag aufgelistet sein.

An Einzelräumen wird für das Planspiel folgendes benötigt

- Plenarsaal oder großer Sitzungssaal für alle Teilnehmenden für das Plenum
- Sitzungsraum für den Rat
- Sitzungsraum für das Parlament, falls der Plenarsaal zu groß oder sonst ungeeignet ist
- Ein kleinerer Arbeitsraum für die Europäische Kommission
- Sitzgruppen in der Lobby oder im Flur oder ein größerer Raum für die Delegationen der beitragswilligen Staaten
- Ein kleiner Arbeitsraum für die Medien

3. Rekrutierung und Registrierung der Teilnehmer

Das Planspiel ist für ältere Schüler aller Schularten und jüngere Universitätsstudenten jeder Fachrichtung geeignet. Es müssen keine Vorkenntnisse vorhanden sein. Bewährt hat sich die freie Ausschreibung der Teilnahme am Planspiel, denn vor allem diejenigen sind motiviert, die sich aus freien Stücken entscheiden. Voraussetzung ist jedoch eine sorgfältige Information über das Planspiel, denn die Methode ist in Südosteuropa nicht bekannt. Am wirksamsten ist der Besuch von Schulklassen oder Seminargruppen an der Uni und die lebendige Schilderung des Vorhabens durch eine Person, die bereits praktische Erfahrung mit dem Planspiel hat.

Die Anmeldung kann mit einem Bewerbungsbogen erfolgen, auf dem Name und Vorname, E-Mail und Telefonnummer und Klassenstufe eingetragen wird. Soll zusätzlich ein Wettbewerbscharakter entstehen, kann der Veranstalter z.B. zur Bewerbungsvoraussetzung erklären, dass der Bewerber einen kurzen Essay zur Frage schreibt: Was erwarte ich von der Europäischen Union? Dieser kann dann nach eigens gesetzten Kriterien bewertet werden. Gehen zu viele Bewerbungen ein, können diejenigen ausgewählt werden, die den besten Essay geschrieben haben.

Den ausgewählten Teilnehmern sollten rechtzeitig folgende Informationen gegeben werden

- Datum und Uhrzeit (Beginn, Ende) der Veranstaltung
- Treffpunkt am ersten Tag
- Eventuell notwendige Ausweispapiere
- Hinweis, dass keine Vorkenntnisse notwendig sind
- Bitte um angemessene Kleidung, wie sie Politiker tragen
- Verbindliche Rückmeldung

Registrierung der Teilnehmer

Die Planspiel-Veranstalter müssen zu Beginn die genaue Anzahl der Anwesenden kennen, um die Rollenverteilung gut zu organisieren. Außerdem verlangen viele Geldgeber Unterschriftenlisten. Es wird daher empfohlen, am Eingang der Institution einen Tisch aufzubauen, auf dem alphabetisch geordnete Listen mit den Namen der Angemeldeten liegen, auf denen die Eintreffenden dann unterschreiben müssen.

4. Gestaltung der Mittagessen und der Pausen

Für die zweitägige Planspielveranstaltung müssen zwei Mahlzeiten für die Spielenden eingeplant werden. Besonders bei einer großen Anzahl von Teilnehmern empfiehlt sich das Engagement einer Cateringfirma, die ein warmes Mittagsbuffet im Gebäude servieren kann, soweit dies genehmigt worden ist. Wenn es in der Nähe ein geeignetes Restaurant gibt, sollte ein Einheitsmenu zu einem Pauschalpreis vorher abgesprochen werden, da die Zeit für eine individuelle Bestellung à la carte zu kurz ist.

Während des Planspiels sollten entweder in den kurzen Pausen Getränke gereicht werden oder in den Sitzungsräumen Getränke bereit stehen. Viel reden und denken macht Durst!

Die Spielleiter (Teamer) sollten die Spielenden darauf hinweisen, dass die Mittagspause und die kurzen Pausen keine Pausen vom Planspiel sind, sondern dass – wie im richtigen Politikerleben auch – die Pausen für informelle Gespräche und Lobbyarbeit genutzt werden sollten. Die Spielenden sollen die Pausen in ihren Spielrollen verbringen, also sich gegenseitig mit den Spielnamen anreden und sich siezen.

5. Vorbereitung der Materialien, technischer Geräte und Rollenbeschreibungen

Die Organisatoren sollten eine Person für die Vorbereitung und Besorgung der Materialien bestimmen, die dann während des kompletten Ablaufs die Verantwortung trägt und die Materialien verwaltet.

Folgende (technische) Geräte können, müssen aber nicht zur Verfügung stehen

- LCD-Projektor (Beamer) und Laptop für die Projektion von Stichpunkten bei Plenumsveranstaltungen.
- Alternativen sind: Overhead-Projektor oder große Papierbögen/Flipcharts, auf denen die Stichworte aufgeschrieben werden (als Wandzeitung)
- Digitale Kamera und/oder Photoapparat
- Kopierer (falls in der Institution nicht vorhanden oder kein Copyshop in der Nähe)

Materialien

- Große Papierbögen
- Eine Packung weißes Papier
- Eine kleine Packung buntes Papier (Karteikarten)
- Stifte/Kugelschreiber für alle Teilnehmer
- Namensschilder (dickes, beschreibbares Klebeband)
- Dicke Stifte zur Beschriftung der Namensschilder
- Dicke Marker fürs Flipchart
- Klebeband, um Papierbögen auf den Wänden zu befestigen
- Tesa- bzw. Klebeband
- Schere
- Wegweiser und Schilder zum Beschriften der Sitzungs- und Arbeitsräume (»Rat der EU«, »Europäisches Parlament«, »Kommission«, Namen der beitragswilligen Länder, »Medien«), daneben eventuell noch »Restaurant«, »WC«, »Eingang«, »Ausgang« ...

- Broschüren zur Information über die EU auf Englisch oder in der Landessprache (zu beziehen bei den Gesandten der EU-Kommission)

Planspielunterlagen

Die Planspielunterlagen müssen sehr sorgfältig vorbereitet werden, damit beim Verteilen der Rollenbeschreibungen auf keinen Fall etwas schief geht. Wenn das Planspiel für beispielsweise 40 Teilnehmer vorgesehen und ausgeschrieben ist, sollten ein paar Rollenbeschreibungen auf Vorrat mehr kopiert werden, die dann im Fall, dass mehr Teilnehmer kommen, parat liegen.

Folgende Unterlagen erhält jeder Teilnehmer

- Kurze Beschreibung und Zuständigkeiten der EU-Institutionen
- Kurze Beschreibung der (beteiligten) beitrittswilligen Länder
- Datenblatt zu den beitrittswilligen Land
- Szenario
- Hintergrundinformationen (Kopenhagener Kriterien)
- Ablaufplan des Planspiels

Zusätzliche Unterlagen für die Kommission

- jedes Mitglied erhält eine Beschreibung der Kommission
- der gewählte Kommissionspräsident erhält den Text der Eingangsrede
Beide Dokumente werden vorab zusammengeheftet.

Zusätzliche Unterlagen für den Rat

- allgemeine Einführung in den Rat
- Beschreibung der Rolle des jeweiligen Außenministers
Beide Dokumente werden vorab zusammengeheftet.

Zusätzliche Unterlagen für das Parlament der EU

- allgemeine Einführung in das Parlament der EU
- Einführung in die Fraktion, der der Abgeordnete angehört
- Rollenbeschreibung des Abgeordneten
Diese drei Dokumente werden vorab zusammengeheftet.

Zusätzliche Unterlagen für jedes beitrittswillige Land

- allgemeine Einführung in die beitrittswilligen Länder
- Rollenbeschreibung des einzelnen Landes
- Vordrucke für die Antragsstellung
Die ersten beiden Dokumente werden zusammengeheftet.

Unterlagen für die Mitglieder der Mediengruppe

- Rollenbeschreibung der Medien

6. Teilnahmezertifikate

Für die Teilnehmenden ist es besonders attraktiv, als Erinnerung, Ansporn und ein wenig auch als Belohnung am Ende ein Zertifikat über die Teilnahme auszuhändigen. Die Zertifikate sollten persönlich, d.h. individuell mit Namen ausgestellt sein, das Datum und die

Dauer der Veranstaltung enthalten. Ebenso könnte auch der Inhalt der Veranstaltung kurz dargestellt werden. Die Zertifikate sollten auf (sauberem) festem Papier gedruckt sein, farbige Logos enthalten – auch die der Partnerorganisationen – und eigenhändig durch den Spielleiter bzw. die Partnerorganisation unterschrieben sein. Die Übergabe der Seminarzertifikate kann feierlich organisiert sein. Hierzu bietet sich beispielsweise das Abspielen der Hymne der Europäischen Union an.

7. Der Umgang mit Gästen und echten Medien

Ein Planspiel ist immer ein besonderes Ereignis und löst oftmals ein ganz besonders Interesse aus – bei den Partner- oder Trägerorganismen oder auch bei der Presse. Finden Veranstaltungen in Schulen bzw. Universitäten mit Schülerinnen oder Schülern bzw. Studierenden statt, so kann auch das Lehrpersonal Interesse an der Veranstaltung zeigen.

Es ist deutlich zu sagen, dass jeder Gast von außen eine Störung der Simulation bedeutet, da dieser nicht Teil des gesamten Prozesses ist. Sollten sich Gäste nicht vermeiden lassen, ist darauf hinzuwirken, dass diese sich ruhig verhalten und sich nicht mit Kommentaren, Tipps oder sogar falschem Wissen in das Geschehen einmischen. Die Spielleiter müssen hier hart durchgreifen und Gäste mitunter auch des Raumes verweisen und – wenn überhaupt – auf eine Diskussion bzw. die Auswertung am Ende des Planspiels hinweisen. Auch die »echte« Presse muss sich an diese Regeln halten und kann allenfalls in den kurzen Pausen einzelne Akteure vor der Tür interviewen. Hier wäre darauf hinzuweisen, dass die Spielenden unbedingt in ihrer Rollen (als Minister, Abgeordneter oder Kommissar) interviewt werden. Ein Durchbrechen der Planspielebene kann nicht erwünscht sein. Dieses ist auch wohlmeinenden Lehrkräften so darzulegen.

Sind diese Menschen dauerhaft während der Veranstaltung anwesend, könnte man auch darüber nachdenken, Ihnen Aufgaben zu geben und sie mit einzubeziehen (Presse, Berater etc.). Es muss aber allen Beteiligten klar sein, dass diese Gäste dann Teil des Planspiels werden und nicht mehr nach Belieben aus Ihren Rollen herauskommen oder zwischen Ihren Identitäten wechseln können. Für Lehrkräfte ist diese Option ohnehin abzulehnen, da sich im Planspiel selbst dadurch eine ungewollte Hierarchie ergeben kann und die Spielenden in eine – zumindest ungewollte – Bewertungssituation versetzt sehen können.

Mit dem Instrument der Einbindung der Gäste ist daher ganz besonders vorsichtig umzugehen.

8. Erarbeitung einer Jugenderklärung an die EU

Die Planspielveranstaltung kann mit einem politischen Element angereichert werden, in dem man den Teilnehmenden die Möglichkeit gibt, Ihre Wünsche und Erwartungen an die Europäische Union zu kommunizieren. Die Form der gemeinsamen Jugenderklärung, die der Veranstalter anschließend an echte Europapolitiker weiterleitet, hat sich dabei bewährt. Hierbei kann die Leitfrage lauten: Was erwarten wir, die Teilnehmer des EU-Planspiels, von der Europäischen Union?

Als Vorgehensweise eignet sich der Lehrlauf des Europäischen Parlaments am zweiten Tag, während der Rat mit den einzelnen Bewerberstaaten die Vertragsbedingungen aushandelt (siehe o. g. Zeitplan am zweiten Tag um 10:30 Uhr). Die Parlamentarier erhalten die Aufgabe, einen Vorschlag zu erarbeiten, der dann vor dem Mittagessen im Plenum verlesen, kommentiert und u. U. verändert wird. Die Endversion wird noch einmal verlesen und

im Plenum mit Mehrheit verabschiedet. Sollten ausländische Gäste, wie z.B. Leiter von Delegationen der Europäischen Kommission, zur Vertragsunterzeichnung und Pressekonferenz eingeladen sein, kann die Erklärung während der Mittagspause in eine Fremdsprache übersetzt werden, und nach der Presseerklärung öffentlich verlesen werden. Die Gäste können gebeten werden, zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen. Lernziel dieses zusätzlichen Elements ist, Erwartungen und Wünschen Ausdruck zu verleihen, diese zu formulieren und sie mit einer größeren Gruppe abzustimmen. Darüber hinaus wirkt es auf die Jugendlichen stimulierend, mit politischen Akteuren, die üblicherweise außer Reichweite sind, in Kontakt zu treten.

II. Storybook des Planspiels »Europa neu gestalten« in Südosteuropa

1. Beginn des Planspiels

Unser Planspiel beginnt mit einem Empfang in den Räumlichkeiten der **Europäischen Kommission** in Brüssel, bei dem **alle Akteure** mit dabei sind. Es ist nur eine kleine ausgewählte Gruppe von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, die hier zusammen kommt. Es sind die Staats- und Regierungschefs, ausgewählte Parlamentarier, Mitglieder der Kommission, Gesandte der Bewerberstaaten und wenige exklusive Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die erste informelle Kontakte aufnehmen und vorsichtig Beziehungen knüpfen. Die Präsidentin bzw. der Präsident der Europäischen Kommission hält eine wegweisende Rede und gibt der Presse ein ausführliches Interview im Anschluss.

2. Erste Treffen

Die einzelnen **Institutionen** treten sodann in getrennten Räumen zu einem ersten Arbeitstreffen zusammen. Sie beginnen, ihre Positionen zu erarbeiten. Dazu findet zuerst eine Vorstellungsrunde statt und eine erste kurze Beschreibung der einzelnen politischen Positionen. Sodann wählen der **Rat** als auch das **Europäische Parlament** aus ihren Reihen eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und geben sich eine Geschäftsordnung (z.B. Festlegung der Redezeit, Redner- und Rednerinnenliste etc.). Anschließend erarbeiten die Gremien unter der Leitung der Vorsitzenden ein Positionspapier (»Was eint uns?«, »Was trennt uns?«, »Welche Interessen haben die jeweiligen Mitglieder (gemeinsam)?«), das als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dient.

Beide Institutionen bestimmen außerdem aus ihren Reihen eine Vertreterin/einen Vertreter, der regelmäßig für die gegenseitige Kommunikation zwischen den Akteuren sorgt (Man könnte diese Personen Pressesprecher nennen!).

3. Formulierung der Beitrittsanträge und deren Überreichen

Die **Bewerber** um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union formulieren währenddessen ihre Beitrittsanträge und übergeben diese an den **Rat**. Der **Rat** nimmt die Anträge dankend, ohne inhaltlich darauf einzugehen, von den Bewerbenden entgegen und reicht diese an die **Europäische Kommission** und das **Europäischen Parlamentes** mit der Bitte um Stellungnahme weiter. Grundlage für die Stellungnahmen ist die Diskussion der jeweiligen Anträge auf Mitgliedschaft mit den Bewerbern. Es wird aber lediglich überprüft, ob die Bewerbenden garantieren können, ob die *Kriterien von Kopenhagen* eingehalten werden.

Die Beitrittsländer erarbeiten darüber hinaus die Strategien und Taktiken für die anstehenden Gespräche mit Rat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament.

4. Präsentation und Diskussion

Der **Rat** lädt die **mittel- und osteuropäischen Bewerber** ein, sich in seiner Sitzung zu präsentieren. Nach einer Einführung durch den Ratsvorsitzenden geben die Vertreter jeweils ein kurzes Plädoyer für den EU-Beitritt ihres Landes ab. Danach ist Zeit für Fragen im Hinblick auf die Kriterien von Kopenhagen. Im Anschluss an die Gespräche geht der Rat auf die Presse zu, die Ratsmitglieder halten sich jedoch insgesamt über den Stand der Dinge noch sehr bedeckt. Ebenso führen die **Europäische Kommission** und das **Europäische Parlament** Gespräche mit den Bewerbenden im Hinblick auf die Einhaltung der Kriterien von Kopenhagen. Die Ergebnisse der Gespräche fließen in die Stellungnahme dieser Organe mit ein.

5. Stellungnahmen und Entscheidung

Der Rat legt den gemeinsamen Standpunkt auf der Grundlage der Stellungnahme der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und eigener Erkenntnisse vor. Er entscheidet, ob die Beitrittsverhandlungen beginnen können und mit welchen Ländern verhandelt wird. Der Status eines Beitrittskandidaten wird offiziell verliehen.

Das **Europäischen Parlament** erklärt in einer öffentlichen Sitzung parallel dazu seine Stellungnahme, die es gegenüber dem Rat gegeben hat. Anschließend können die Vertreterinnen und Vertreter der **Beitrittskandidaten** im Rahmen von Pressegesprächen Ihre Hoffnungen und Wünsche zum Ausdruck bringen.

6. Beginn der Verhandlungen

Der **Rat** beauftragt sodann die **Europäischen Kommission** mit der Verhandlungsführung. Gemeinsam mit dieser verhandelt der **Rat** (in seiner Gesamtheit oder wahlweise in einer Kleingruppe) mit den **Beitrittskandidaten** (in einer Großgruppe mit allen Kandidaten oder in einzelnen Arbeitsgruppen je nach Anzahl der Beitrittskandidaten) den Aufnahmevertrag in die EU. Der **Rat** diskutiert dazu die Modalitäten und Kriterien der Beitritte und legt den Zeitplan sowie die Reihenfolge der Verhandlungen fest.

Anschließend findet eine kurze *TALKshow* statt. Das **Europäischen Parlament** wird von der Kommission über den Fortgang der Verhandlungen unterrichtet.

7. Abstimmung im Rat und Europäischen Parlament

Dem **Rat** und dem **Europäischen Parlament** werden die ausgehandelten Verträge vorgelegt. Der **Rat** muss einstimmig auf der Grundlage und in Kenntnis der gemachten Vereinbarungen über die Aufnahme weiterer Staaten in die EU beschließen. Das **Europäische Parlament** stimmt mit Mehrheit seiner Mitglieder über die Aufnahme von Ländern in die Europäische Union ab. Die **Beitrittskandidaten** können Gäste der Abstimmung im Europäischen Parlament sein.

Die **Medien** dokumentieren die Abstimmung und führen anschließend mit den Mitgliedern des Rats, den Abgeordneten sowie den Vertreterinnen und Vertretern der neuen Mitgliedstaaten Interviews, die in die Zeitung einfließen.

8. Abschlusskonferenz

Auf der abschließenden **Aufnahmekonferenz** sprechen zuerst der Präsident der Kommission, zwei Mitglieder des Rates der Union, zwei Abgeordnete des Europäischen Parlamentes und je ein Vertreter der neuen Mitgliedstaaten eine Rede vor den Akteuren und Journalisten. Die Beitrittsabkommen werden unterschrieben. Der Präsident der Europäischen Kommission beendet abschließend die Zeremonie. Anschließend wird durch die **Europäische Kommission** und den Vorsitzenden des **Rats** noch eine gemeinsame *TALKshow* durchgeführt.

III.

Vorschläge zur Rollenverteilung für verschiedene Gruppengrößen

	25 Teilnehmende ¹	40 Teilnehmende	60 Teilnehmende	80 Teilnehmende ²
Europäischer Rat	6 ³	12	20	27 ⁴
Europäische Kommission ⁵ (gesamt)	2	3	3	5
Europäisches Parlament ⁶ (gesamt)	9 ⁷	13	21	23
EVP	3	4	6	7
SPE	2	3	5	6
Liberale	2	2	4	4
Grüne	1	2	3	3
Nordische Linke	1	1	2	2
UEN	1	1	1	1
Bewerberstaaten ⁸	6 (3 Länder je 2 Personen ⁹)	9 (3 Länder je 3 Personen)	12 (4 Länder je 3 Personen)	20 (5 Länder je 4 Personen)
Medien	2	3	4	5

Hinweis zur Vergabe der Rollen

Es wird empfohlen, die Kommission, die Medien und die beitriftswilligen Länder von starken, engagiert wirkenden Schülern zu besetzen. Aus diesem Grunde wählt (anders als in der Realität) der Rat auch den Präsidenten. Der EP wählt – wie in der Realität – seinen Präsidenten, allerdings nach politischen und weniger persönlichen Erkenntnissen. Die Spielenden sollten angeregt werden, die Rollenprofile für sich sinnvoll aber politisch realistisch weiterzuentwickeln.

¹ Mit weniger als 25 Spielenden verliert das Planspiel an Fahrt. Es wäre allerdings möglich, nur mit den Rollen des Rats eine zwei- bis dreistündige Konferenzsimulation des Rats durchzuführen. Letzteres wäre kein wirkliches Planspiel mehr im eigentlichen Sinne.

² Mit mehr als 80 Spielenden kann die (zeitliche) Kapazität eines Planspiels zumindest leicht überschritten werden.

³ Es ist bei der Auswahl der Spielenden darauf zu achten, dass möglichst niemand „sich selbst“ spielt. Die Spielenden des Rats sollten möglichst eine andere Nationalität im Spiel bekommen als ihre eigene Nationalität.

⁴ Es gibt Rollen für alle 27 Mitgliedstaaten in deutscher Sprache. 7 Rollen sind derzeit noch nicht übersetzt. Es ist selbstverständlich möglich, die größeren Staaten (DE, FR, UK, IT, PL, SP oder RO) auch doppelt zu besetzen.

⁵ Die Mitglieder dieser Spielgruppe entscheiden selbst, wer die Rolle des Präsidenten/Präsidentin einnimmt.

⁶ Die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse sollten zumindest im Ansatz und sichtbar gewahrt werden.

⁷ Eine ungerade Zahl von Abgeordneten bietet sich an, da das Gremium mit einfacher Mehrheit abstimmt und so keine Patt-Situation entstehen kann.

⁸ Die Spielleiter wählen die vier Bewerberstaaten eigenverantwortlich aus.

⁹ Es ist bei der Auswahl der Spielenden darauf zu achten, dass möglichst niemand „sich selbst“ spielt. Die Spielenden der Bewerberstaaten sollten möglichst eine andere Nationalität im Spiel bekommen als ihre eigene Nationalität.

IV.

Ablauf des EU-Planspiels »Europa neu gestalten«

1.

Tag 1

Uhrzeit	Beschreibung der Aktivität			
09.30	Ankunft der Teilnehmer und Registrierung beim Eingang			
10.00	Plenum: Begrüßung, Vorstellung der Spielleiter, Bekanntgabe von organisatorischen Rahmendaten (Beginn und Ende der Veranstaltung am ersten und zweiten Tag)			
10.30 – 10.45	Plenum: Vorstellung des Ablaufs beider Tage (Gesamtmoderation), wenn möglich mit Visualisierung (PowerPoint Präsentation oder Flipchart)			
10.45 – 11.45	Plenum: Aufteilung der Spieler in Arbeitsgruppen (zwischen 10 und 15 Personen) zur EU-Einführung. Die Gruppen gehen in ihre Arbeitsräume			
11.45 – 12.00	Pause und Ausschank von Getränken			
12.00	Plenum: Vorstellung des Planspiel-Ablaufs (Gesamtmoderation) Verteilung der Rollenbeschreibungen Spielgruppen gehen in ihre Arbeitsräume, lesen sich in die Rollen ein, denken sich passende, aber fiktive Spielnamen aus und schreiben sich Namensschilder Die Mitglieder der Kommission wählen eine Präsidentenperson; diese Person bereitet ihre (Eröffnungs-)Rede vor			
13.00	Plenum: Gesamtmoderation erklärt die Prinzipien des Planspiels und eröffnet das Planspiel offiziell			
13.15	Plenum: Rede des Kommissionspräsidenten, nach der Rede werden alle Anwesenden zu einem offiziellen Begrüßungssessen im Namen der Europäischen Kommission eingeladen			
13.30 – 14.30	Mittagessen			
14.30 – 15.00	Beitrittswillige Länder (Bewerber): Schreiben Anträge, bereiten Präsentationen für die Gespräche in den EU-Gremien vor	Parlament (EP): MdEP stellen sich und ihre Positionen vor, im Anschluss Wahl Präsident, Stellvertreter und Pressesprecher; Herausfinden von gemeinsamen Positionen/Erstellen eines Positionspapiers für die Presse	Rat (Rat): MdR stellen sich und ihre Positionen vor, im Anschluss Wahl Präsident, Stellvertreter und Pressesprecher; Herausfinden von gemeinsamen Positionen/Erstellen eines Positionspapiers für die Presse	Kommission (EK): Fasst Positionen aus Rede zusammen. Schreibt Presseerklärung und führt ein erstes Gespräch mit Presse
15.00 – 15.30	Bewerber übergeben Anträge an RAT	Rat: Reicht die Kopien der Anträge an EP/EK weiter mit der Bitte um Stel-	Medien: Anträge der Bewerber, EK-Presseerklärung und Interviews (Hintergrundberichte) werden als Pressewand d.h. Wandzeitung gestaltet	

		lungnahme und Führen von Gesprächen		
15.30 – 16.45	Bewerber führen ca. 15-minütige Gespräche mit Rat , EP und EK , werden von den Medien begleitet und interviewt. Medien berichten der Öffentlichkeit. Der zeitliche Ablauf der Gespräche geschieht nach einer zuvor erstellten und an alle verteilten Matrix (vgl. Vorlage).			
16.45 – 17.00	Pause			
17.00 – 17.30	EP: berät über Antrag und Gespräch mit den Bewerbern über Verleihung Kandidatenstatus	RAT: berät über Antrag und Gespräch mit den Bewerbern über Verleihung Kandidatenstatus	EK: berät über Antrag und Gespräch mit den Bewerbern über Verleihung Kandidatenstatus	Medien: nehmen Stimmung und Erwartungen von den Bewerbern auf und führen Interviews
17.30 – 18.00	EP: schreibt Stellungnahme zu den Anträgen und übergibt diese dem RAT	EK: schreibt Stellungnahme zu den Anträgen und übergibt diese dem RAT	RAT: wartet auf Stellungnahmen, diskutiert die eigenen Positionen. Vorbereitung möglicher Fragen an EK und EP	
18.00 – 18.15	Plenum: Gesamtmoderation fasst den Tag zusammen und erklärt folgenden Tag			

2.

Tag 2

Uhrzeit	Beschreibung der Aktivitäten			
9.00	Eintreffen der Teilnehmer und Spielleiter			
9.15	Plenum: Begrüßung durch Gesamtmoderation, diese erklärt kurz, wie der Tag/das Planspiel weiter verläuft			
9.30 – 10.00	RAT trifft Entscheidung und stimmt einstimmig ab, welche Bewerber einen Kandidatenstatus erhalten	EK und EP: EK besucht EP und informiert sich über die Stellungnahme des EP und bespricht die Chancen der einzelnen Bewerber, Kandidat zu werden	Bewerber: Gespräche mit den Medien/ Lobbyarbeit für das eigene Land	Medien: Interviews mit den Bewerbern (Greenroom)
10.00 – 10,15	Plenum: Pressekonferenz – RAT gibt seine Entscheidung, welche Bewerber Beitrittskandidaten werden, bekannt und begründet die Entscheidung. Bewerber, die nicht den Kandidatenstatus erhalten haben, machen Öffentlichkeitsarbeit mit der Mediengruppe.			
10.15 – 10.30	Pause			
Ab 10.30	Verhandlungen, <u>welche Kandidaten (wer!)</u> zu <u>welchem Zeitpunkt (wann!)</u> und <u>zu welchen Bedingungen (wie!)</u> in die EU als Mitglieder aufgenommen werden.			

10.30 – 11.30	RAT: teilt sich in Verhandlungsgruppen und verhandelt in Anwesenheit eines EK-Mitglieds mit den Beitrittskandidaten (aus Bewerbern werden BK) über Vertragsinhalte	Variante 1 (einfache Variante): Das EP und die Medien nehmen als Beobachter an den Vertrags Unterzeichnungen teil. Variante 2 (kreative Variante): Das EP und die Medien gestalten eine kurze (interaktive) Abschlusspräsentation, warum die Staaten des westlichen Balkans ein wichtiger Teil der EU sein müssen. Variante 3 (klassische politische Bildung – eher anspruchsvoll): Das EP und die Medien diskutieren, wie die Bevölkerung mehr Einfluss nehmen kann auf Entscheidungen der Politik (in ihrem Heimatland sowie in der EU) und warum diese Einflussnahme so wichtig ist.
11.30 – 12.00	EK und EP: Mitglieder der EK besuchen das Parlament, berichten über Verhandlungen und stellen nach Abschluss der Verhandlungen Verträge vor Parlament stimmt mit <u>einfacher Mehrheit</u> ab	RAT: stimmt über die Verhandlungsergebnisse bzw. Verträge <u>einstimmig</u> ab.
12.00 – 13:30	Mittagessen unter Schweigepflicht ☺ über Abstimmungsergebnisse	
13.30	Plenum: Feierliche Unterzeichnung der Verträge durch BK (nun Mitglied der EU), EK und ER im Beisein der Presse, Stellungnahmen der neuen EU-Mitgliedsstaaten (ehemals Bewerber und dann BK) und abschließende Pressekonferenz	
14.00	Ende des Planspiels	
14.00 – 14:	Pause, Ausschank von Getränken	
14.30 – 15.30	Evaluierung des Planspiels und der Ergebnisse des Planspiels (Abgleich mit der Realität) und Verteilung der Teilnahme-Zertifikate	
15.30 – 15.45	Verabschiedung und Ende der Veranstaltung	

V. Gestaltung der Verhandlungsgruppen (Kandidatenstatus)

1. Grundsätzliche Aufteilung

	Bewerber I	Bewerber II	Bewerber III	Bewerber IV
Rat	1	2	3	4
Europäisches Parlament	2	3	4	1
Europäische Kommission	3	4	1	2

2. Beispiel für zeitliche Gestaltung

	Bewerber I	Bewerber II	Bewerber III	Bewerber IV
Rat	15.00	15.15	15.30	15.45
Europäisches Parlament	15.15	15.30	15.45	15.00
Europäische Kommission	15.30	15.45	15.00	15.15

VI.

Richtlinien für die Arbeit der Spielleitung während des Planspiels

1. Es sollte eine **Gesamtleitung ohne eigene Spielgruppe** geben, die vor dem Beginn des eigentlichen Planspiels den Gesamttablauf darstellt, und dies innerhalb des Spiels auch fortsetzt. D.h., sie spricht bereits von den europäischen Institutionen Rat, Parlament und Kommission, benennt Ämter und Funktionen, er spricht die Teilnehmenden dauerhaft mit »Sie« an bzw. mit dem korrekten Titel (z.B. Herr Ratspräsident, Frau Außenministerin etc.). Diese Gesamtleitung sollte schon im Vorfeld ernannt sein, um sich vorbereiten zu können. Es ist wichtig darauf zu achten, dass die Teilnehmenden diese Ebene auch während des Planspiels nicht verlassen.

Vor dem Planspiel bespricht die Gesamtleitung mit allen noch einmal den Ablauf und weist auf Besonderheiten hin bzgl. der Räumlichkeiten, der Gruppen, Anwesenheit von Gästen etc. Während des Planspiels leitet die Gesamtleitung die Teilnehmenden durch den Ablauf.

2. Der **Spielverlauf** sollte schon vor Beginn des Planspiels visualisiert (skizziert) auf einer Tafel/dem Flipchart (für jede Räumlichkeit in Planspiel) aufgemalt zur Verfügung stehen und als DinA4-Blatt allen Spielenden vorliegen.

3. Hinweise der Gesamtleitung auf den **weiteren Ablauf beim Spiel** in den Plenumstreffen (z.B. Pressekonferenzen). In gleicher Weise wie unter 1. erklärt die Gesamtleitung während des Planspiels, wie es jetzt weitergeht. Das ist vor allem wichtig, wenn sich der Spielverlauf spontan ein wenig ändern muss (z.B. zusätzliche Ratssitzungen, weil in der zur Verfügung stehenden Zeit noch keine Einigung erzielt werden konnte). Dieses betrifft insbesondere die genauen (Änderungen der) Zeitangaben.

4. **Rolle der Spielleitung in den einzelnen Spielgruppen.** Die jeweilige Spielleitung sollte sich eine Spielidentität mit eigenem Namen geben, z.B. politischer Berater der Ratspräsidentschaft. Sollten Interventionen in der Spielgruppe notwendig werden, so immer mit dieser Identität und innerhalb des Spiels, also Anrede mit »Sie« und dem Spielnamen bzw. Funktionsbezeichnung, z.B. Frau Bundeskanzlerin, Herr Außenminister... Er achtet darauf, dass dieses auch untereinander zwischen den Spielenden geschieht.

5. Wird von der Spielleitung in das Spielgeschehen eingegriffen, sollte dies nach Möglichkeit nur mit **politischen bzw. strategischen Argumenten**, also mit Argumenten innerhalb des Spiels eine Anregung gegeben werden. Bsp: »Bei Entscheidungsproblemen den Hinweis auf die Möglichkeit geben, beitrittswillige Staaten zu einem weiteren Gespräch einzuladen, um zusätzliche Informationen zu bekommen« oder auf Alternativen aufmerksam machen »Kann man es sich politisch erlauben, das Land nicht aufzunehmen?«.

VII.

Umgang mit den Pausen während des Planspiels

Pausen sind in einem Planspiel ein wichtiges Element und gehören ganz bewusst zum Ablauf eines Planspiels. Pausen dienen nicht nur zur Erholung der Teilnehmenden von der »erledigten« Arbeit, vielmehr sollen sie einen Freiraum bieten, Gespräche untereinander in den Spielgruppen zu führen, Allianzen in inoffiziellen Gesprächsrunden zu schmieden und die Presse über zukünftiges Handeln zu informieren und diese für die eigene Sache positiv zu »instrumentalisieren«.

Den Teilnehmenden muss deutlich gemacht werden, dass der Weg zu positiven Entscheidungen auf sehr unterschiedlichen Ebenen bereitet wird. Oft ist dabei das vertrauensvolle Gespräch »unter vier Augen« ein wichtiger Baustein, um Entscheidungsträger zu informieren und auch zu beeinflussen. Dieses Handeln kann zumeist nur in Pausen geschehen.

Eine große Pause ist für das EP, die Medien (falls nicht bei den Verhandlungen zugelassen bei den Beitrittsverhandlungen) und die unterlegenden Bewerberstaaten, die Phase der Verhandlungen des Rats, der Kommission und den zugelassenen Kandidaten über einen Beitritt in die Union. Hier gibt es unterschiedliche Varianten, wie mit dieser Zeit umgegangen werden kann:

Variante 1 (einfache Variante):

Das EP, unterlegende **Bewerber** und die **Medien** nehmen als Beobachter an den Vertragsverhandlungen teil. Dies kann anfangs eher langweilig wirken, für die Nachvollziehbarkeit und das Verständnis des Prozesses um die Schwierigkeit einer Erweiterung ist die Teilnahme jedoch besonders sinnvoll.

Variante 2 (kreative Variante):

Das EP, unterlegende **Bewerber** und die **Medien** gestalten eine kurze (interaktive) Abschlusspräsentation, warum die Staaten des westlichen Balkans ein wichtiger Teil der EU sein müssen. Alle kreativen Formen einer Präsentation sollten zugelassen sein.

Variante 3 (klassische politische Bildung – eher anspruchsvoll):

Das EP, unterlegende **Bewerber** und die **Medien** diskutieren, wie die Bevölkerung mehr Einfluss nehmen kann auf Entscheidungen der Politik (in ihrem Heimatland sowie in der EU) und warum diese Einflussnahme so wichtig ist. Hier bewegt man sich jedoch am Rande des Planspiels hin zur Metadiskussion. Die Teilnehmenden sollten auch hier in ihren Rollen verbleiben.

VIII.

Hintergrundinformationen und Hinweise zur Arbeit mit der Mediengruppe.

Ein Planspiel ist das Model eines komplexen Systems. Planspiele in der politischen Bildung (Civic Education) sind die Simulation eines Ausschnitts der unübersichtlichen politisch-institutionellen Welt¹⁰. Zu dieser Welt gehören politische Akteure in ihren Gremien, die Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger als Ausgangs- und Zielpunkt politischen Handels und die Medien als Mittler zwischen Politik und Gesellschaft. Deshalb sind Medien auch eine Grundlage und ein Inhalt der politischen Bildung¹¹. Dieser Beitrag untersucht nicht die beste technische Ausstattung der Mediengruppe, sondern wie die Mediengruppe im Planspiel besser genutzt werden kann.

1. Medien – Mittler zwischen Politik und Gesellschaft

Wer in der Politik informiert sein will braucht Nachrichten. In der Mitte zwischen Sender und Empfänger von Nachrichten stehen die Medien. Das lateinische Medium heißt nichts anderes als Mitte. Alle audiovisuellen Verfahren zur Übermittlung von Informationen, Bildern und Nachrichten werden Medien genannt. Dazu zählen Neue Medien wie das Internet, der Rundfunk mit Radio und Fernsehen und die als Printmedien bezeichnete Presse mit Zeitungen und Zeitschriften. Medien und Presse bedeutet oft dasselbe¹².

Medien sind in Demokratien die vierte Gewalt oder Macht. Medien sind unabhängig von der staatlichen Gewaltenteilung zwischen Legislative (Gesetzgebung durch Parlamente), Exekutive (Ausführung durch Regierungen) und Jurisdiktion (Rechtsprechung durch Gerichte). Medien besitzen selbst politische Macht, indem sie Entscheidungen befördern oder behindern. Sie sind deshalb tatsächlich mehr als nur die Mitte zwischen Empfänger und Sender einer Nachricht.

Die öffentliche Meinung wird gerne auch „veröffentlichte Meinung“ bezeichnet. Durch die Veröffentlichung haben Medien Macht. Politikerinnen und Politiker nutzen diese Macht der Medien zum Beispiel, wenn sie Medienkampagnen inszenieren. Besonders in Diktaturen suchen Oppositionelle die Medienöffentlichkeit: Nur wer gehört wird, kann etwas sagen. Die Herrschenden behindern daher die freie Presse. Die Macht der Medien ist deshalb bedroht und muss geschützt werden. Pressefreiheit ist eine der ältesten Freiheitsrechte in den Demokratien. Alle Verfassungen in demokratischen Rechtsstaaten enthalten einen Artikel, der die Pressefreiheit garantiert. In Deutschland ist dies der Artikel 5 des Grundgesetzes und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union formuliert im Artikel 11: »Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet«. »Wahrheit« ist für Medien daher auch nur eine Selbstverpflichtung, niemand kann sie zwingen.

Auf einem anderen Gebiet sind Medien ebenfalls alltagsdominant. Für viele Menschen bilden die morgendliche Zeitung und die abendlichen Hauptnachrichten im Fernsehen einen festen Tagesrhythmus. Nachrichten sind deshalb sogar dann wichtig für Menschen, wenn es

¹⁰ Einführend zum Beispiel: Massing, Peter: Planspiele und Entscheidungsspiele. – In: Methodentraining für den Politikunterricht I / Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). – 2. Aufl. – Bonn: bpb, 2006. – S. 163-194.

¹¹ Mickel, Wolfgang W.: Praxis und Methode. Einführung in die Methodenlehre der Politischen Bildung. – Berlin: Cornelsen, 2003. – S. 278ff..

¹² Vgl. gängige Fachlexika wie: Schubert, Klaus; Klein, Martina: Politiklexikon. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2006. – 352 S.

gar nicht um den Inhalt einer Nachricht geht. Und Medien sind, seit der Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg¹³ zu Beginn des 15ten Jahrhunderts, auch ein Wissensspeicher. Alte Zeitungen geben einen Einblick in vergangene Zeiten.

Medien sind in der Realität

- Mitteilungs- und Informationsinstrument (zwischen Politik und Gesellschaft),
- Kampagneninstrumente (also politisches Machtmittel),
- Rhythmusinstrument (zwischen Morgenzeitung und Abendnachrichten),
- Dokumentationsinstrument (Ideen-Archive).

2. Medien im Planspiel

Planspiele sind handlungsorientierte Lernarrangements. Handeln ist Tun und die Reflexion dieses Tuns. Handeln ist in der politischen Bildung reales Handeln, simulatives Handeln und produktives Gestalten¹⁴. Reales Handeln kommt in Planspielen nicht vor. Medienrollen sind sowohl Simulation als auch produktiv gestaltend.

Die Bedeutung der Medien für die gesellschaftliche Realität in Demokratien ist Jugendlichen zumeist nicht wirklich bekannt. Medien sind für sie allein ein Informationsmedium. Die Freiheit und die politische Macht der Medien sind wenig bewusst. Planspiele wie »Europa Neu Gestalten« können helfen, Medien besser zu verstehen. In der Vorbereitungsphase des Planspiels, spätestens während der Rollenvergabe, sollte die Spielleitung alle Planspieler und -spielerinnen auf die verschiedenen Funktionen der Medien hinweisen. Zu dieser Einführung in die Medien-Funktionen gehört unbedingt der Hinweis auf die Unabhängigkeit der Medien. Sie sind selbstständige, autonome Akteurinnen und Akteure, die notwendiger Weise mit denen kooperieren müssen, von denen sie berichten. Politikerinnen und Politiker haben die Autonomieerfahrung gemacht, dass die Medien nur berichten, was sie wollen. Sie kooperieren daher ihrerseits mit den Medien, um die Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Medien können helfen, Planspielen eine deutliche Struktur zu geben. Ähnlich dem ritualisierten Blick in die Zeitung und in die Fernsehnachrichten, können die Medien im Planspiel bestimmte Zeiten festlegen. Auch in kurzen Planspielen ist eine Pressekonferenz oder eine Talkshow oft der gemeinsame Abschluss eines Planspiels. Talkshows oder Videoaufzeichnungen in Form einer Hauptnachrichtensendung sind normalerweise besser geeignet als „Pressekonferenzen“, da sie die Mediengruppe und einige Interviewpartner auf einem Podium vereinen und mit den übrigen Spielern als Publikum zusammen kommen.

Sogar zu Beginn eines Planspiels, nach der Einlese-Phase, kann eine Talkshow eine besondere Aufgabe erfüllen! Oft sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Planspiels mit der Anfangssituation überfordert, dies wird in Auswertungsrunden immer wieder vorgebracht. Sie müssen in kurzer Zeit eine vermeintlich unüberschaubar große Menge an Informationen aufnehmen und die eigene Rolle vorbereiten. Zumeist verliert sich der erste Stress schnell, wenn das tatsächliche Rollen-Spielen beginnt. Dieser »magische« Moment der Identitätsfindung in die Rolle kann unterstützt werden, wenn der Mediengruppe die Gelegenheit geboten wird, einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Publikum in einer Talkshow zu interviewen. Die Medien sind dann ein Rollenkatalysator. Die Spielerinnen und

¹³ Giesecke, Michael: Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. – Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1998. – 944 S.

¹⁴ Reinhardt, Sybille: Handlungsorientierung. – In: Handbuch politische Bildung / Wolfgang Sanders (Hg.). – Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 2005, S. 146-155.

Spieler müssen in der Interviewsituation in ihre Rolle schlüpfen und können sich dann oft erstaunlich überzeugend »rüberbringen«.

Natürlich sind die Medien auch in Planspielen in einer Mittelungsrolle. Den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern muss dafür aber vorab deutlich gemacht werden, dass sie die Medien nutzen können, um andere Mitspielerinnen und Mitspieler oder Gremien zu informieren. Diese »Hauptaufgabe« können die Medien-Leute in der Regel nur erfüllen, wenn sie ausreichend Zeit zur Verfügung haben. In kurzen, eintägigen Planspielen wird meistens zu schnell über das kurzfristige, aktuelle Mitteilungsbedürfnis Einzelner hinweggegangen. Geübte Planspielerinnen und Planspieler wissen um diese Zeitnot und können damit in der Regel gut umgehen, in dem sie extrem verkürzte und zugespitzte Nachrichten über die Medien verbreiten. Dies gilt sowohl für die Medien-Rollen als auch für alle anderen. Ein möglicher wichtiger Lerneffekt! Auch in der Realität kommen nur die Politikerinnen und Politiker in die Medien, die kurz und knapp ihre Botschaft rüberbringen können. Eine längere Reflektionsphase kann diesen Schlagworteffekt einer gut recherchierten Medienarbeit gegenüber stellen und nach Gründen und Auswegen fragen.

In Planspielen kann auch die Spielleitung die Mediengruppe als Informationskanal nutzen. Zum Beispiel, um einen Hinweis oder einen Spielstimulus im Spielverlauf einzubringen. Regieanweisungen sind schwierig in einem Planspiel, weil sie das Setting verlassen und auf einer Metaebene ablaufen. Wenn die Spielleitung einen bestimmten Zeitplan einhalten muss, kann sie über die Medien zum Beispiel vor einem bevorstehenden Streik auf dem Flughafen warnen, so dass die Gremien in 30 Minuten einen Entschluss präsentieren müssen, da sonst keine Abreise mehr möglich ist. Zeitdruck ist auch in der Realität ein mächtiger Faktor zum Überwinden festgefahrener Situationen.

In »Europa Neu Gestalten« können besonders oppositionelle Rollen im Parlament und die Beitrittskandidaten, die nicht zu den Beitrittsverhandlungen eingeladen wurden, die Medien nutzen, um trotzdem die Öffentlichkeit zu erreichen. In der Realität werden sich solche Gruppen auch nicht mit Untätigkeit und Langeweile begnügen und manchmal über Medienkampagnen versuchen, Stimmung für das eigene Anliegen zu machen. Im Planspiel ist das auch möglich und schützt manche Rollen tatsächlich vor einem ungesunden Übermaß an Langeweile.

In der Reflektionsphase kommt die Dokumentationsfunktion von Medien besonders zu Geltung. Wandzeitungen und die kurzen Artikel können genutzt werden, um noch einmal einzelne Phasen des Spiels zu thematisieren und die unterschiedlichen Sichtweisen zu diskutieren. Die produktiv gestalteten Materialien lassen sich auch sehr gut der echten Presse präsentieren.

Medien sind im Planspiel

- Autonomieerfahrungen (Medien können berichten, müssen aber nicht),
- Strukturinstrumente (zeitlich festgelegte Presseaktionen),
- Rollenkatalysatoren (Identitätsbildung durch Selbstdarstellung),
- Mitteilungsinstrumente (zwischen Rollen und Institutionen),
- Stimulusmittler (festgefahrende Situationen aufbrechen),
- Kampagneninstrumente (zwischen Rollen und Institutionen),
- Dokumentationsinstrumente (Visualisierung) ¹⁵.

¹⁵ Herdegen, Peter: Planspiel. – In: Methoden Politischer Bildung / Dirk Lange (Hg.). – Baltmannsweiler-Hohengehren: Schneider, 2007. – S. 180-188.

IX. Methodenauswahl für Aufwärmübungen und Auswertung

1. Aufwärmübungen

Impulskette

Ziel: Aufwärmübung am Anfang eines Seminars

Ablauf: Die Gruppe bildet einen Kreis und fasst sich an den Händen. Die Spielleitung startet mit einem Impuls, der im Uhrzeigersinn im Kreis weitergegeben wird. Am Anfang eignet sich ein einfaches Beispiel: Die Spielleitung drückt mit ihrer linken Hand die Hand der Nachbarin, die diesen Impuls weitergeben muss. Die Teilnehmenden sollen den Impuls möglichst schnell weiterleiten. Mit einer Uhr/Stoppuhr wird die benötigte Zeit gemessen. Der Impuls wird wiederholt und es wird versucht, die Runde schneller zu machen.

Variante: Die Impulse können verändert werden, z.B.: Hände hoch heben und durch Abklatschen den Impuls weitergeben oder La Ola Welle

Zeitaufwand: 5 – 10 Minuten

Zielgruppe: Alter nicht spezifisch, ab 15 Personen

Raum: Gruppenraum oder im Freien

Material: Uhr mit Sekundenzeiger oder Stoppuhr

Storch und Pinguin

Ziel: Auflockerungsübung, speziell fürs Freie geeignet

Ablauf: Die Teilnehmenden bewegen sich wie Pinguine im Trippelschritt, ohne die Füße hochzuheben und lassen dabei die Arme an der Seite. Nur eine der Teilnehmenden ist der Storch. Sie hat die Arme gerade ausgestreckt vor der Brust und klappt sie auf und zu, umso den Schnabel des Storches nachzuzahlen. Seine Beine bewegen sich im Stehschritt. Nun versucht der Storch in seiner Fortbewegungsart, Pinguine zu fangen. Erwischt er einen, verwandelt er sich ebenfalls zum Storch, bis immer mehr Pinguine zum Fänger werden. Am Ende sind alle Teilnehmenden Störche.

Zeitaufwand: 10 Minuten

Zielgruppe: Alter nicht spezifisch. Gruppenstärke mindestens 15 Personen, speziell für Großgruppen geeignet

Raum: Großer Gruppenraum, optimal im Freien

Material: nicht erforderlich

Toaster

Ziel: Aufwärmübung am Anfang eines Seminars

Ablauf: Die Teilnehmenden bilden Dreiergruppen und verteilen sich im Raum. Die Teamenden erklären die unten beschriebenen Figuren. In der Mitte steht eine der Teilnehmenden, zeigt auf eine Dreiergruppierung aus dem Kreis, und ruft eine der unten genannten Figuren. Diese Gruppe hat nun schnell die genannte Figur zu bilden. Wer zu langsam ist, geht in den Kreis usw. Folgende Figuren können gebildet werden:

Elefant: Die Teilnehmerin, auf die gezeigt wird, bildet die Mittelfigur und greift sich schnell mit der Hand an die Nase, durch die entstehende »Armschlaufe« wird der andere Arm als Rüssel geführt. Die rechts und links stehenden Teilnehmenden bilden mit dem rechten bzw. linken Arm die Ohren.

James Bond: Mittelfigur zeigt mit dem Arm schießend nach vorne und schaut verführerisch, die Teilnehmenden zur Linken und Rechten knien sich aufschauend zu Bond und sagen: »Oh James«.

Toaster: Die Spielerin rechts und links drehen sich zur Seite, so dass sie sich ansehen können und fassen sich an beiden Händen. Die Mittelfigur ist nun der Toast, hüpfert aus dem Toasterschlitz und ruft: »Pling«.

Waschmaschine: Die Teilnehmenden rechts und links reichen sich die Hände und bilden einen angedeuteten Kreis. Die Person in der Mitte dreht den Kopf im Schleudergang.

Zeitaufwand: 10 Minuten

Zielgruppe: Alter nicht spezifisch, auch für Großgruppen geeignet.

Raum: Gruppenraum oder im Freien

Material: nicht erforderlich

Eisscholle

Ziel: Kooperationsübung mit gruppenbildendem Charakter

Ablauf: In einem leeren Gruppenraum werden zwei Tische zusammengestellt. Sie bilden die rettende Eisscholle. Nun nimmt jede Teilnehmende einen Stuhl, stellt ihn irgendwo in den Raum und stellt sich darauf. Der Boden ist das Wasser. Ziel ist es, nicht alleine die rettende Eisinsel zu erreichen, sondern gemeinsam als Gruppe, ohne jemanden auf einem kleinen Eisstück (Stuhl) oder im Wasser (man schafft es nicht mehr zu einem Stuhl) zurück zu lassen. Die Teilnehmenden gelangen also nur über die Stühle zu der Scholle, können dabei auch Stühle verrücken. Dabei müssen sie sich als Gruppe gemeinsam genau einen Weg überlegen, wer von wo zunächst auf die Insel geht, wer folgt etc.

Zeitaufwand: 15 Minuten

Zielgruppe: Ab 12 Jahre, ab 10 Personen

Raum: Gruppenraum

Material: Stühle nach Anzahl der Teilnehmenden, zwei Tische

Grenzen Europas

Ziel: Hinführung zum Thema, Auseinandersetzung mit dem Thema Europa

Ablauf: Die Teilnehmenden erhalten eine Europakarte ausgeteilt. Sie sollen nun die Staaten mit einem Stift einkreisen, die ihres Erachtens 2020 zur Europäischen Union dazugehören werden. Daran anschließend vergleichen die Teilnehmenden ihre Grenzziehungen, erklären diese und diskutieren über die Erweiterungspolitik der Europäischen Union. Wenn die Gruppe größer ist, kann dies in Kleingruppen geschehen.

Zeitaufwand: 30 – 45 Minuten

Zielgruppe: Ab 15 Jahre, 10 – 20 Personen

Raum: Stuhlkreis im Gruppenraum

Material: Europakarten

2. Auswertungsmethoden

Blitzball

Ziel: Unkommentierte Bewertung

Ablauf: Die Teilnehmenden sitzen im Stuhlkreis. Der Teamer wirft einer Teilnehmenden den Ball zu. Sie wird quasi von einem Blitz getroffen. Diese kann nun eine kurze, unkommentierte Bewertung zu dem Seminar/Workshop geben, muss aber nichts sagen. Wenn sie

fertig ist, wirft sie den Ball einer anderen Teilnehmenden zu. Nur diejenige, die den Ball gefangen hat, darf reden. Die Aussagen bleiben unkommentiert.

Zielgruppe: Alter unspezifisch

Material: kleiner Ball

Kartenampel

Ziel: Eigene Bewertung und Gruppenauswertung

Ablauf: Die Teilnehmenden sitzen im Stuhlkreis. Jede erhält je eine rote, gelbe und grüne Karte, wobei rot für schlechte Bewertung, grün für gute Bewertung und gelb für weder – noch steht. Der Teamer stellt verschiedene Fragen zur Bewertung des Seminars/Workshops, wie z.B.: Wie hat Euch die Methode gefallen? Fandet Ihr das Thema spannend? Habt Ihr das Gefühl, etwas gelernt zu haben? Danach legen die Teilnehmenden ihre Bewertungskarten vor sich auf den Boden und nehmen die Bewertungen der Anderen wahr. Der Teamer kann die Bewertungen zusammenfassen und moderierende Fragen an Einzelne stellen, so dass die Möglichkeit einer Begründung besteht.

Zeitraumen: 10 – 20 Minuten

Zielgruppe: ab 12 Jahren

Material: je eine rote, gelbe und grüne Karteikarte für alle Teilnehmenden

Obstbaum

Ziel: Eigene Bewertung, Gruppenauswertung

Ablauf: Der Teamer zeichnet auf einem großen Plakat/Papierbogen einen Baum mit Ästen und Wurzeln. Die Teilnehmenden erhalten runde Karteikarten in verschiedenen Farben und schreiben darauf ihre Eindrücke vom Seminar/Workshop auf. Die Karteikarten werden dann in, an und unter den Baum geheftet. Positive Aussagen werden als reife Früchte in den Ästen angebracht, kritische Aussagen als Fallobst unter den Baum in die Wiese gelegt und Ideen, Anregungen etc. die noch der Entwicklung bedürfen, an die Wurzeln geheftet. Nachdem alle ihre „Äpfel“ geschrieben und angebracht haben, schaut sich die Gruppe den Baum gemeinsam an und stellt gegebenenfalls Nachfragen, was einzelne Äußerungen bedeuten.

Zielgruppe: ab 12 Jahre

Material: Plakatpapier, rote, grüne und gelbe runde Karteikarten, Stifte, Kleber

Grüße aus/nach Europa

Ziel: Mitteilung der Seminareindrücke durch Schreiben einer Grußkarte vom Seminar/Workshop

Ablauf: Die Teilnehmenden erhalten Karteikarten in Postkartenformat. Diese können sie mit Text und Bild gestalten, um so den Seminar- bzw. Workshopinhalt zu reflektieren. Danach werden die Karteikarten in eine Box geworfen und versendet. Der Briefkasten wird im Kreis der Teilnehmenden geleert und die Teilnehmenden ziehen die Postkarten. Sie lesen sich diese gegenseitig vor, zeigen sie herum und sprechen darüber.

Zeitraumen: 30 – 45 Minuten

Zielgruppe: ab 12 Jahre, maximal 15 Teilnehmende

Material: Karteikarten in Postkartengröße, bunte Stifte, eventuell Bastelmaterial

X.

Hinweise zur Evaluation und Leitfragen

Die spielerische und thematische Auswertung des Planspiels ist wichtig für einen guten Abschluss des Planspiels. So können politische Fakten, historische Gegebenheiten oder aber auch nur das tatsächliche Handeln von Politikerinnen und Politiker hinterfragt, richtig gestellt und analysiert werden.

Der Transfer des Ergebnisses des Planspiels in die Realität und der Vergleich mit der aktuellen politischen Situation ist unerlässlich, um kein falsches Bild in der Vorstellung der Teilnehmenden nachhaltig entstehen zu lassen.

Die Auswertung erfolgt über mehrere Stufen und kann entweder mündlich oder aber schriftlich mit unterschiedlichen Methoden erfolgen (beispielsweise werden die Spielerinnen und Spieler aufgefordert, einige der unten genannten Fragen schriftlich zu beantworten).

1. Zuerst werden die Teilnehmenden gebeten, sich spontan zum Verlauf des Planspiels und zu ihren ganz persönlichen Erfahrungen während des Tages zu äußern. Je nach Voraussetzungen der Gruppen kann/soll der Spielleiter diesen Prozess mit möglichen Einfühlungsfragen (Empathie) fördern.

2. Anschließend könnten – je nach Größe der Gruppe – die Teilnehmenden charakteristische Stellen ihre spezifischen Rollenanweisungen dem Plenum vortragen. Dadurch wird den Teilnehmern das Verhalten ihrer „Mitkonkurrenten im Planspiel“ einsichtiger und zugleich werden die oftmals auch widersprüchlichen Interessen der Spieler offenkundig. Mögliche Rollenkonflikte, Probleme und Fragen, die während des Spieles auftraten, sollten jetzt aufgegriffen und diskutiert werden. Die teilweise verfremdeten Rollen sollten problematisiert werden. Hier sollte auch besprochen werden, inwieweit es den Teilnehmenden vielleicht auch nicht gelungen ist, ihre Rolle anzunehmen bzw. inwieweit sie sich in letzter Konsequenz doch selbst gespielt haben.

3. Die thematische Auswertung besteht insbesondere darin, die Schwierigkeiten der Integrationsdynamik der Europäischen Union und das Auseinanderklaffen zwischen nationalstaatlichem Interesse und europäischer Verantwortung aufzuzeigen und anhand der Situation von Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Falls die Gruppenstruktur dies ermöglicht und es von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewünscht wird, kann vertiefendes Material in diesen Prozess eingebracht werden. Eventuell kann diese abschließende Diskussion den Ausgangspunkt für eine weitere Einheit im Rahmen des Seminars bilden.

Folgende Kernfragen sind für eine Abschlussdiskussion denkbar

- Was sind die Chancen, was die Risiken einer Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei?
- Was sind die wichtigsten Problemfelder der europäischen Einigung in diesem Kontext?
- Welche Konzepte liegen für eine Erweiterung vor bzw. wie kann Europa der 27+ in der Zukunft aussehen?
- Wo sind die Grenzen der Erweiterung der Europäischen Union?
- Was verstehen die einzelnen Staaten unter dem Stichwort »Integration« bzw. warum möchten Sie gerne aufgenommen werden?
- Wie muss eine größere EU verfasst sein?

- Was sind die Vorteile, was die Nachteile einer intensiveren Zusammenarbeit in der EU?
- Welche Rolle in der Weltpolitik kann eine erweiterte EU spielen?
- Welches Land hat Chancen, bald in die EU aufgenommen zu werden?
- Wie fiktiv ist das Szenario?
- Wie könnte der Zeitplan aussehen? Wie sieht er in der Realität aus?
- Welche Reihenfolge ist bei der Aufnahme zu erwarten? Warum?
- Wie sehen die konkreten Beitrittsmodalitäten aus? Welche Beitrittsanpassungen sind zu erwarten?
- Wie wird sich das Verhältnis zwischen den Staaten des westlichen Balkans sowie den Ländern im europäischen Mittelmeerraum gestalten?
- Was sind die schwierigsten Problemfelder bei der Beurteilung einer Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union?
- Werden sich die Staaten des westlichen Balkans gegenseitig bei der Aufnahme in die Europäische Union unterstützen.
- Welche politischen Fragen müssten dringend vor einer Erweiterung noch durch die Staaten des westlichen Balkans selbst geklärt werden?

XI. Zusatzmaterialien zum Einsatz beim Planspiel

1. Die Europäische Union verstehen

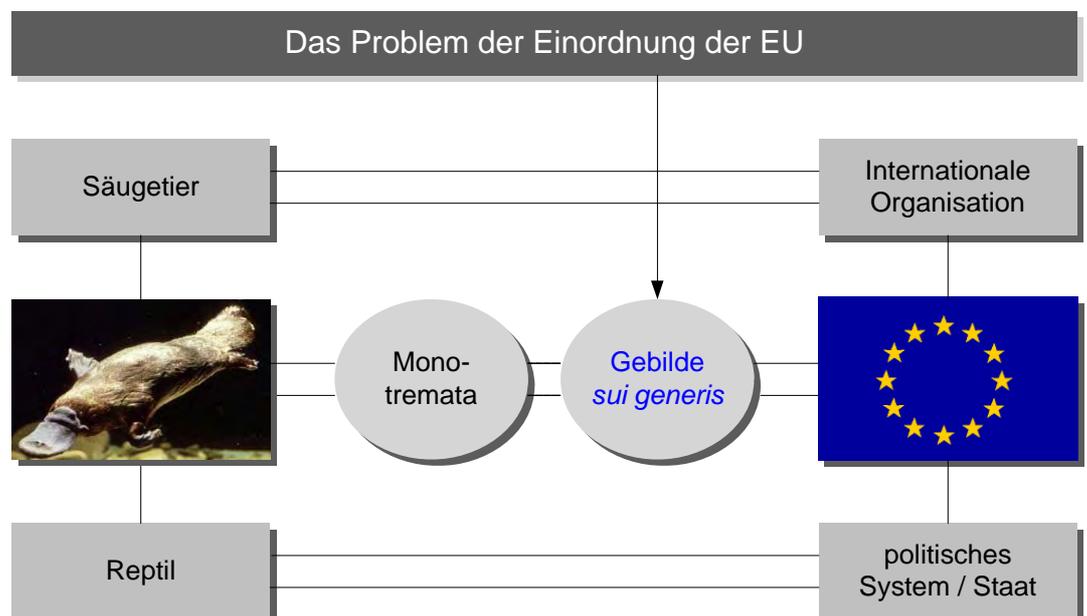


Der beste Weg, die EU zu verstehen, besteht darin, sie als ein **Schnabeltier** zu sehen. Was heißt das? Es bedeutet, dass man die EU nicht so genau einordnen kann, genau wie beim Schnabeltier: Zoologen ordnen nämlich alle Tiere, die Eier legen, in die Kategorie »Reptilien« ein. Alle Tiere, die ihre Jungen säugen, kommen dagegen in die Kategorie »Säugetiere«. Das Besondere am Schnabeltier ist nun, dass es Eier legt UND die Jungen

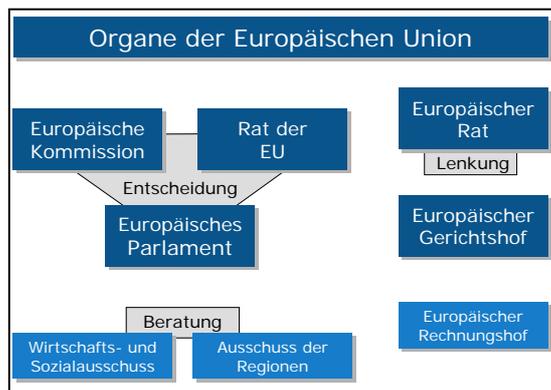
säugt. Damit hat es das Kategoriensystem der Zoologie gesprengt. Es wurde extra eine neue Kategorie erfunden, die Monotremata.

Bei der **EU** verhält es sich ganz ähnlich. Die Politikwissenschaft kennt die beiden Kategorien »Internationale Organisationen« und »nationale politische Systeme« bzw. einfach »Staaten«. Wie das Schnabeltier umfasst die EU Elemente **BEIDER** Kategorien und sprengt dadurch das Kategoriensystem. Sie ist also zum einen eine Internationale Organisation – sie besteht ja aus Nationalstaaten – UND sie ist gleichzeitig in vielerlei Hinsicht wie ein nationales politisches System. So verfügt die EU etwa über ein direkt gewähltes Parlament und ein Rechtssystem, das es in dieser Form im Bereich der internationalen Politik sonst nirgends gibt.

Wie die Zoologen haben auch die Politikwissenschaftler versucht, das Problem mit ihrem Kategoriensystem zu kaschieren. Sie nennen die EU deshalb ein »Gebilde sui generis«. Aus dem Lateinischen übersetzt bedeutet das: Gebilde eigener Art. Es ist eine Verlegenheitsbezeichnung, die eigentlich nichts aussagt.



Aus dieser Tatsache resultieren viele der Probleme, die wir bei der Beschäftigung mit der EU haben. Wir haben **kein Modell** im Kopf, das uns hilft zu verstehen, was wir in der Zeitung über die EU lesen. So kann es auch passieren, dass wir gar keine Lust mehr haben, einen Artikel zur EU überhaupt erst zu lesen. Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Menschen in Europa nur unzureichend über europäische Politik Bescheid wissen, obwohl die EU mittlerweile überragende Bedeutung besitzt.



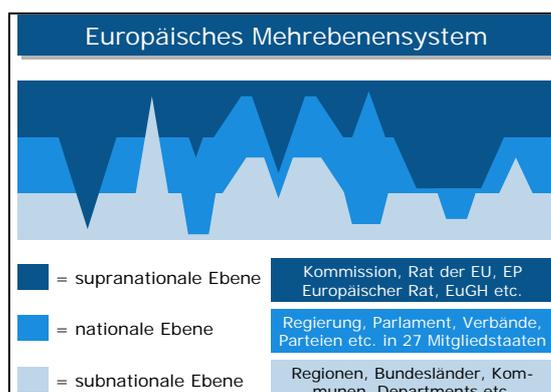
Die Probleme fangen schon bei den zentralen **EU-Organen** an: Europäische Kommission – Europäisches Parlament – Rat der EU (Ministerrat). Außer beim Parlament sind schon die Bezeichnungen ungewohnt. Wer ist denn hier eigentlich die Regierung? Dann gibt es ja auch noch den Europäischen Rat. Nein, der Europarat gehört nicht zur EU, das ist eine eigene Internationale Organisation.

Die gute Nachricht ist, dass die Art und Weise, wie das EU-System Entscheidungen trifft, im Grunde ganz einfach ist: Der Rat entscheidet auf Vorschlag der Kommission unter Mitwirkung des Parlaments. Die schlechte Nachricht ist, dass das Zusammenspiel dieser drei Entscheidungsorgane unzählige Ausprägungen annehmen kann.

Vor allem die Mitwirkung des Parlaments unterscheidet sich ganz erheblich von Fall zu Fall. In manchen Fällen wirkt es lediglich beratend mit, in mehr und mehr Fällen ist es aber zum gleichberechtigten Mitspieler aufgestiegen. Das bedeutet, dass Rat und Parlament bei einem Gesetzesvorhaben zustimmen müssen, damit es beschlossen werden kann.

Im Rat sitzen die Minister der Mitgliedstaaten. Geht es um Umweltpolitik, setzt sich der Rat aus den Umweltministern der Regierungen der Mitgliedstaaten zusammen. Entsprechendes gilt für die anderen Politikbereiche (Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Agrarpolitik etc.). Das heißt aber, dass die nationalen Regierungen (Exekutive) im EU-System zum Gesetzgeber (Legislative) werden.

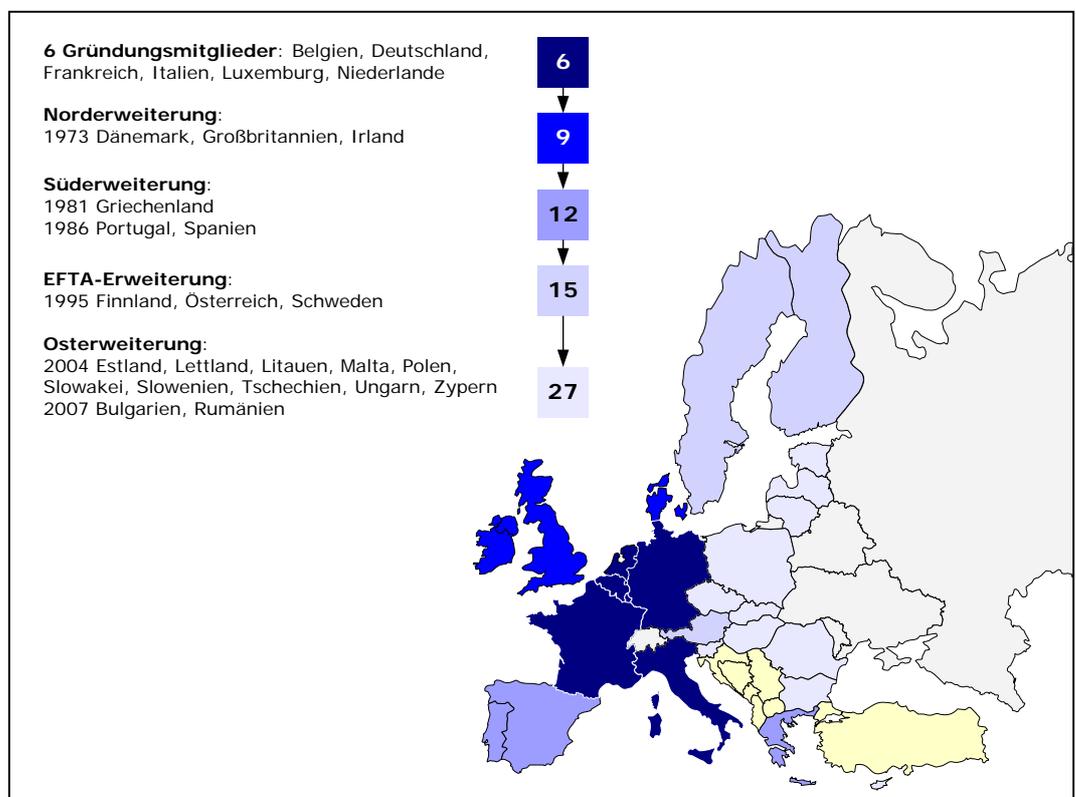
Allein dieses Beispiel macht schon deutlich, dass man mit den alten Kategorien der Politikwissenschaft im EU-System nicht weit kommt. Zu demselben Ergebnis kommt man auch, wenn man sich lange genug Gedanken darüber gemacht hat, ob der deutsche, französische oder polnische Umweltminister in Brüssel Innen- oder Außenpolitik macht. Kategorien wie Innen- und Außenpolitik greifen einfach nicht mehr.



Die meisten Politikwissenschaftler sprechen deswegen vom **Europäischen Mehrebenensystem**. Das heißt, sie betrachten alle Politikebenen im EU-Europa als ein zusammengehöriges System: Von den Städten und Kommunen über die Bundesländer und die nationale Ebene bis hin zur supranationalen Ebene der EU im engeren Sinne. Das macht deswegen Sinn, weil alle diese Ebenen bei Entscheidungen und ihrer Umsetzung eng zusammenarbeiten.

Stehen besonders wichtige Entscheidungen an – beispielsweise eine Änderung der Verträge, auf denen die EU beruht, oder die Erweiterung um neue Staaten –, dann müssen alle Mitgliedstaaten noch einmal gesondert zustimmen. Der Fachausdruck dafür ist, dass die Mitgliedstaaten den Vertrag ratifizieren müssen. Das geschieht in jedem Land nach den jeweiligen Vorschriften. In manchen Ländern wird ein Vertrag durch Parlamentsbeschluss ratifiziert, in anderen hingegen ist eine Volksabstimmung erforderlich.

Konkret bedeutet das für einen Beitrittskandidat, dass neben den EU-Organen (Kommission, Rat und Parlament) auch ALLE Mitgliedstaaten zustimmen müssen, bevor der Staat der EU beitreten kann. Trotz dieser schwierigen Erfordernisse hat es immer wieder **Erweiterungen** gegeben. Die EU wurde in den 1950er Jahren von sechs Staaten gegründet, mittlerweile umfasst sie 27 Mitgliedstaaten.



Eines ist aber gleich geblieben in über 50 Jahren EU-Entwicklung: **Frieden** war von Anfang an das wichtigste Ziel der Zusammenarbeit und ist es bis heute geblieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner (vor allem Deutschlands und Frankreichs) im Vordergrund, heute geht es um Frieden und Stabilität in ganz Europa (Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik) und der Welt.

Hierzu zählt in der heutigen Welt auch die Gestaltung der Globalisierung. Selbst den großen Mitgliedstaaten würden dazu die Möglichkeiten fehlen, wenn sie auf sich allein gestellt wären. Die EU insgesamt aber bildet wirtschaftlich und politisch einen bedeutsamen Faktor und kann ihr Gewicht bei internationalen Verhandlungen mit Erfolg in die Waagschale werfen. Deshalb und weil sich die europäische Integration als sehr erfolgreiche Friedensstrategie erwiesen hat, bildet die EU ein **Vorbild** für andere Weltregionen.

2.

Kurzbeschreibung Albanien

Fläche:	28 748 km ²
Einwohner:	3,172.Mio.
BIP/Einwohner:	2.930 US-Dollar
Wachstumsrate:	5,0 %
Arbeitslosenrate:	13.2 %

Quelle: www.weltalmanach.de (2009)

Albanien (albanisch: Shqipëri/Shqipëria oder Republika e Shqipërisë) ist ein Staat in Südosteuropa. Er grenzt im Norden an Montenegro und Kosovo, im Osten an Mazedonien sowie im Süden an Griechenland. Die natürliche Westgrenze wird durch die Küsten der Adria und des Ionischen Meeres gebildet, wodurch das Land zu den Anrainerstaaten des Mittelmeers zählt. Das Land ist Mitglied in den Vereinten Nationen und im Europarat. Am 3. April 2008 wurde Albanien von der NATO eingeladen, der Organisation 2009 beizutreten.

Mit seiner Fläche von 28.748 Quadratkilometern ist Albanien etwas kleiner als Belgien und hat mit ca. 3,2 Millionen Einwohnern etwas weniger Bevölkerung als der Ballungsraum von Berlin.

Die Zeit nach der Wende von 1990 brachte große demographische Verschiebungen. Zum einen emigrierten Hunderttausende Albaner legal oder illegal nach Italien, Griechenland, in andere Staaten der EU und nach Nordamerika, zum anderen verzeichneten die Hauptstadt Tirana und die Hafenstadt Durrës einen enormen Zuwachs aus der Binnenwanderung. (Tirana von 250.000 Einwohnern im Jahr 1990 auf heute weit über 600.000 Einwohner). Das Land und auch nicht wenige Kleinstädte veröden dagegen regelrecht. In den nächsten Jahren werden hunderte Dörfer wüst werden. Hatten die Albaner vor 1990 die höchste Geburtenrate Europas (Verhütungsmittel waren verboten), so ist diese jetzt auf den europäischen Durchschnitt von etwas weniger als zwei Kindern pro Frau gesunken. Dieser Umstand und die anhaltende Abwanderung bewirken eine rapide Alterung der albanischen Bevölkerung, was aber angesichts der stark vertretenen Generation der 15- bis 30-Jährigen noch nicht allzu stark zu spüren ist.

Vor dem Zweiten Weltkrieg bekannten sich etwa 70 % der Bevölkerung zum sunnitischen Islam. 20 % waren orthodoxe Christen, darunter praktisch alle Angehörigen der ethnischen Minderheiten. Etwa 10 % gehörten der römisch-katholischen Kirche an. Orthodoxe Albaner lebten vor allem im Süden, Katholiken im Nordwesten, Muslime waren, abgesehen von einigen Bergregionen, überall vertreten.

1967 wurde ein totales Religionsverbot erlassen. Albanien wurde der erste atheistische Staat. Ein Jahr später trat Albanien aus dem RGW und dem Warschauer Pakt aus und blieb auf stalinistischem Kurs.

Zwar machen die Privatisierung und der Ausbau des rechtlichen Rahmens weitere Fortschritte, gleichwohl bestehen gravierende strukturelle Probleme weiter: Das Wirtschaftswachstum beruht zum großen Teil auf Überweisungen der internationalen Geber und der im Ausland lebenden Albaner sowie auf Bautätigkeit zwecks Geldwäsche aus illegalen Einkommen. Noch immer sind rund ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft, die rund ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, tätig und leben von Subsistenzwirtschaft. Auch ist der Tourismus bisher kaum entwickelt. Fast die Hälfte der Bevölkerung muss mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen und gilt deshalb gemäß Weltbank als arm.

Eines der größten Probleme des Landes ist die schwache Infrastruktur. Transportwege sind meist schlecht, die Wasserversorgung ist meist auf wenige Stunden pro Tag beschränkt, und Stromausfälle gehören insbesondere in den Wintermonaten zum Alltag. Diese Umstände halten nicht nur ausländische Investoren ab, sondern machen es auch inländischen Unternehmen unmöglich, produktiv und kostengünstig tätig zu sein. Die Abschaltung des bulgarischen Kernkraftwerks Kosloduj Ende Dezember 2006 verschärfte die Lage stark: Albanien, das selber Strom fast nur aus Wasserkraft erzeugt, war wie viele Nachbarländer auf Importe aus Bulgarien angewiesen.

Das Wirtschaftswachstum gründet sich auf eine anhaltende Aktivität der Bauindustrie, darüber hinaus auch von Kleingewerbe und Dienstleistungen. Landwirtschaft sowie Industrie und Bergbau kamen, bedingt durch die gravierende Energiekrise, die Produktionsausfälle zur Folge hatte, etwas langsamer voran. Die Landwirtschaft hat mit 20,7 % nach wie vor einen bedeutenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt; den Löwenanteil hält der Dienstleistungssektor mit 46,4 % gefolgt von der Bauwirtschaft mit 14,3%. In der Industrie wurden 9,7 % erwirtschaftet, im Transportsektor 8,9 %. Überdies geben die offiziellen Zahlen nicht annähernd den hohen Grad der Unterbeschäftigung auf dem albanischen Arbeitsmarkt wieder. So gelten zum Beispiel die Angehörigen von Kleinbauernfamilien nicht als arbeitslos, auch wenn ein halbes Dutzend erwachsene Familienangehörige zusammen kaum zwei bis drei Hektar Land bebauen.

3.

Kurzbeschreibung Bosnien-Herzegowina

Fläche:	51.129 km ²
Einwohner:	3,926 Mio.
BIP/Einwohner:	3,230 US-Dollar
Wachstumsrate:	6,0 (2005)
Arbeitslosenrate:	31,0 (2006)

Quelle: www.weltalmanach.de (2009)

Der Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien führte in den fast letzten 20 Jahren zu viel Leid und Blutvergießen. Mit dem Tage der Unabhängigkeitserklärung von Bosnien und Herzegowina hofft die Staatengemeinschaft, endlich die Gespenster der Vergangenheit hinter uns lassen und den Blick auf eine friedvolle Zukunft richten können. Für den gesamten Balkan wünscht sich die Europäische Union eine Zukunft in Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität. Dieses Ziel verfolgen auch Sie.

Wichtigstes Bestreben der Politik von Bosnien und Herzegowina ist eine rasche Annäherung an bzw. Eingliederung in die euroatlantischen Strukturen mit dem Ziel einer Mitgliedschaft in EU und NATO.

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)

Die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU konnten im Dezember 2006 abgeschlossen werden. Das SAA wurde am 4.12.2007 paraphiert und am 16.6.2008 unterzeichnet. Die EU machte die Unterzeichnungen des SAA von einer seit langem geforderten Reform des Polizeiwesens abhängig. Die Polizeikräfte der beiden Landesteile der Republika Srpska und der bosniakisch-kroatischen Föderation arbeiteten bis dato nicht zusammen.

Theoretisch bietet das Abkommen Vorteile sowohl für den EU-Beitrittskandidaten als auch für die Mitgliedstaaten. Dies betrifft insbesondere den Handel, da stufenweise Zölle abgeschafft werden und sich durch Handels- und Transportverträge das Kredit-Rating des Staates bessert. In der Summe kann das zu höheren ausländischen Investitionen führen. Ferner haben Beitrittskandidaten Zugang zu einer Vielzahl von EU-Fonds, aus denen nicht geringe Mittel für die Entwicklung von Landwirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen, Wissenschaft oder auch Kultur und Kunst beantragt werden können.

Die Anpassung bosnisch-herzegowinischen Rechts an die Normen der EU – es geht dabei um immerhin etwa 1.200 Gesetze – ist einer der wichtigsten Teile des Abkommens. Umgesetzt werden muss die Anpassung in den nächsten sechs Jahren. Viele Politiker in Bosnien-Herzegowina werden versuchen, ihre lokalen Interessen zu verteidigen, sich dem Abkommen zu entziehen oder es zu blockieren.

Die Verwaltung von Bosnien und Herzegowina

Die politische Gliederung des Staates ist komplex. Seit dem Dayton-Vertrag (auch bekannt als Dayton-Friedensabkommen) besteht Bosnien und Herzegowina aus zwei Entitäten: der Föderation Bosnien und Herzegowina (Federacija Bosne i Hercegovine, auch bekannt als Bosniakisch-Kroatische Föderation) und der Republika Srpska (Serbische Republik). Beide Entitäten verfügen jeweils über eine eigene Exekutive und Legislative. Die Föderation Bosnien und Herzegowina setzt sich aus zehn Kantonen zusammen, die über weitere eigene Zuständigkeiten verfügen.

Die Politik in Bosnien und Herzegowina

Die Wahlen am 1. Oktober 2006 galten als zukunftsweisend, weil die internationale Gemeinschaft 2007 den Hohen Repräsentanten abziehen und Bosnien und Herzegowina in die volle Souveränität überführen wollte. Im Nachhinein wurde dieses Vorhaben um ein weiteres Jahr verschoben.

Die wirtschaftliche Lage von Bosnien und Herzegowina

Wachstumspotenzial bietet Bosnien und Herzegowina in den Wirtschaftssektoren Stromindustrie (einziger Nettostromexporteur der Region), Agrarwirtschaft (Nischenprodukte, Bioprodukte), Holzverarbeitende Industrie, Bauindustrie (besonders Verkehrsinfrastruktur), Metallverarbeitung und Tourismus.

4.

Kurzbeschreibung Kosovo

Fläche:	10 887 km ²
Einwohner:	2, 127 Mio.
BIP/Einwohner:	k. A.
Wachstumsrate:	k. A.
Arbeitslosenrate:	35 – 50 %
<i>Quelle: www.weltalmanach.de (2009)</i>	

Der Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien führte in den fast letzten 20 Jahren zu viel Leid und Blutvergießen. Mit dem Tage der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo hofft die Staatengemeinschaft, endlich die Gespenster der Vergangenheit hinter uns lassen und den Blick auf eine friedvolle Zukunft richten können. Für den gesamten Balkan wünscht sich die Europäische Union eine Zukunft in Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität.

Serbien und Kosovo-Albaner waren und sind sich weiterhin uneinig, welchen völkerrechtlichen Status die Provinz hat. Kosovo hat sich für unabhängig erklärt, Serbien sieht Kosovo weiterhin als Teil seines Staatsgebietes. Der Kosovo steht seit 1999 unter Verwaltungshoheit der Vereinten Nationen. Grundlage ist die Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999. Diese hat die Mission der Vereinten Nationen »UNMIK« (*United Nations Interim Administration Mission in Kosovo*) ins Leben gerufen. UNMIK soll nach den kriegerischen Ereignissen eine Übergangsverwaltung zur Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse schaffen.

In den letzten Monaten hat es in Kosovo tief greifende Veränderungen gegeben: Nach den jahrelangen, aber letztlich erfolglosen Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo-Albanern über den endgültigen Status erklärte Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien. 22 Staaten der EU, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, haben Kosovo mittlerweile anerkannt. Damit kam der lange und schwierige Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien zu einem Ende. Die Europäische Union gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass auf diesem Wege die Region zur Ruhe kommt.

Unabhängigkeit des Kosovo

Die auswärtigen Beziehungen stehen bislang ganz im Schatten des Streites um die diplomatische Anerkennung. Eine Reihe von Staaten, darunter Deutschland, haben seit Februar 2008 nunmehr Botschaften in Pristina eröffnet. Mit Ausnahme Serbiens haben alle unmittelbaren Nachbarländer, Albanien, Montenegro und Mazedonien, diplomatische Beziehungen zu Kosovo aufgenommen. Gerade die Anerkennung durch ehemalige jugoslawische Republiken hat Serbien ganz besonders verärgert und zugleich enttäuscht.

Innerhalb Jugoslawiens war Kosovo die ärmste Region. Ursache dafür war – neben der allgemeinen Rückständigkeit der Region – auch eine verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik in den vergangenen 30 Jahren. Im Kosovo wurde überwiegend rohstoff erzeugende und wenig weiterverarbeitende Industrie angesiedelt. Zwar wurde Kosovo von anderen jugoslawischen Republiken subventioniert, trotzdem lagen die Investitionen in den sechziger und siebziger Jahren bei etwa 50 % des jugoslawischen Durchschnitts.

Wirtschaft

Die Wirtschaft von Kosovo stützt sich zum einen auf kleinbäuerliche Familienbetriebe – angebaut werden Getreide (Weizen, Mais), Sonnenblumen, Raps, Zuckerrüben und Trauben

– sowie Privatunternehmen im Handels- und Bausektor. Der industrielle Sektor wird von den Bereichen Bergbau, Chemie, Elektronik, Textil, Baustoffe und Holz geprägt. Im Bergbau werden Erz, Kohle, Blei und Zink gefördert. Insgesamt ist der industrielle Sektor eher schwach.

Offizielle Währung ist der Euro. Kosovo ist jedoch kein Mitglied der Europäischen Währungsunion. Die damals bereits als Zweitwährung etablierte D-Mark wurde 1999 von der UNO-Verwaltung als Währung eingeführt und später vom Euro abgelöst. In Gebieten mit vorwiegend serbischer Bevölkerung kann auch mit serbischem Dinar bezahlt werden.

Arbeitslosigkeit und Armut

Derzeit gibt es bei einer Million arbeitsfähiger Bevölkerung lediglich etwa 325.000 Arbeitsplätze (einschließlich nicht registrierter Schattenwirtschaft). Jährlich kommen weitere 36.000 junge Leute neu auf den Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren auf hohem Niveau leicht gesunken (2001: 57,1 %, 2002: 55 %, 2003: 49,7 %. Im Jahr 2008 liegt die Arbeitslosigkeit bei 42-43 %. Die Altersgruppe zwischen 16 und 24 Jahren ist dabei zu 60 % betroffen. Nach Angaben der Weltbank leben 37 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (Einkommen unter 1,37 Euro pro Tag und Erwachsener) 15 % unterhalb der Grenze extremer Armut (Einkommen unter 0,93 Euro pro Tag und Erwachsener).

5.

Kurzbeschreibung Kroatien

Fläche:	56 542 km ²
Einwohner:	4,441 Mio.
BIP/Einwohner:	9310 Euro
Wachstumsrate:	4,8 %
Arbeitslosenrate:	11,6%

Quelle: www.weltalmanach.de (2009)

In Kroatien begann der Krieg 1991, nachdem sich die Kroaten in einem Referendum mehrheitlich für die Unabhängigkeit entschieden hatten und es in den Gebieten der Krajina und Slawoniens zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten gekommen war. 1991 erklärte sich Kroatien, wie schon zuvor Slowenien, als unabhängig, das Land war damals jedoch zum großen Teil von der serbisch dominierten jugoslawischen Armee besetzt. Auch in Bosnien-Herzegowina kämpften kroatische Einheiten gegen das jugoslawische Militär. 1993 kam es dort darüber hinaus zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen bosnischen Kroaten und Muslimen. Erst Anfang August 1995 konnte Kroatien durch eine Offensive die serbisch besetzten Gebiete in Kroatien zurückerobern, bis es schließlich im Dezember 1995 dem Daytoner Abkommen zustimmte, der den Bürgerkrieg auf dem Balkan beendete.

Das politische System und die Innenpolitik

Die Innenpolitik des Landes ist stark von den Nachwehen des Krieges geprägt. Ziel der Regierung ist deshalb die schnellstmögliche wirtschaftliche Gesundung des Landes, die in Verbindung mit einem Beitritt zur EU und zur NATO angestrebt wird. Seit 2000 hat Kroatien in dieser Beziehung wesentliche Fortschritte gemacht, ist jedoch im Bereich der Gerichtsbarkeit noch rückständig. Nichtsdestotrotz hat sich in Kroatien eine demokratiefreundliche politische Kultur etabliert, die durch eine vielfältige Medien- und Parteienlandschaft sowie durch den wirtschaftlichen Aufschwung gestützt wird. Mit Inkrafttreten des im Jahr 2001 unterschriebenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU hat sich Kroatien verpflichtet binnen sechs Jahren 60 Prozent des EU-Rechts in nationales Recht zu übernehmen.

Allerdings sind noch erhebliche Herausforderungen in Schlüsselbereichen zu bewältigen, wie:

- die Reform des ineffizienten Justizsystems
- die Reform der öffentlichen Verwaltung und die Bekämpfung der immer noch weit verbreiteten Korruption.
- Verstärktes Augenmerk muss auf die Rechte von Minderheiten, vor allem auf die Rückkehr der Flüchtlinge, gerichtet werden.
- Die Verfolgung von Kriegsverbrechen bedarf weiterer Aufmerksamkeit.
- Die Fortsetzung der regionalen Zusammenarbeit ist ebenso von entscheidender Bedeutung wie Bemühungen um die Lösung der bilateralen Probleme mit den Nachbarn, vor allem im Bereich der Grenzdemarkation.

Die Wirtschaft Kroatiens

In den letzten Jahren konnte Kroatien beachtliche wirtschaftliche Erfolge aufweisen. Das Wirtschaftswachstum 2003 betrug 4,5 %, die Inflationsrate sank auf 1,5 %, was den besten Wert aller Transformationsländer Osteuropas darstellt. Die Wirtschaftsdaten sind besser als

viele der bereits beigetretenen osteuropäischen Länder. Getrübt wird der wirtschaftliche Aufschwung jedoch von der immer noch sehr hohen Arbeitslosigkeit, dem mangelhaften Sozialsystem und der hohen Staatsverschuldung, die der Regierung eine rigide Sparpolitik aufzwingt. Auch sind in den Bereichen der Landwirtschaft und des Schiffbaus die Privatisierungen ehemaliger Staatsbetriebe nur sehr schleppend vorangekommen. Kroatien hat außerdem mit einem hohen Grad an Korruption zu kämpfen. Fehlende Rechtssicherheit, hohe Produktionskosten und die überbewertete Landeswährung »Kuna«, die den Export kroatischer Produkte hemmt, gelten weiterhin als Problemfelder der kroatischen Wirtschaft.

Außenpolitik Kroatiens

Primäres Ziel der Außenpolitik Kroatiens ist die schnellstmögliche Integration in EU und NATO. Dadurch verspricht sich Kroatien wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorteile. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nimmt Kroatien seit 2000 am »Partnership-for-Peace«-Programm teil und ist Mitglied in der »Vilnius Gruppe« von NATO-Beitrittsaspiranten. Kroatien hat Anfang 2003 ein Beitritts-gesuch bei der EU-Kommission eingereicht und ist seit Juli 2004 offizieller Beitrittskandidat.

Getrübt wurden die Beziehungen zur EU durch die nur zögerliche Auslieferung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern an das Den Haager Tribunal für das frühere Jugoslawien. Die EU hat die Kooperation mit dem Strafgerichtshof aber zu einer wesentlichen Voraussetzung für den EU-Beitritt erklärt. Die für März 2005 geplante Aufnahme der Beitrittsverhandlung wurde aus diesem Grund von der EU verschoben.

Ein weiterer Konflikt besteht mit dem Nachbarland Slowenien über den genauen Grenzverlauf beider Länder zu Wasser. Dieser Konflikt hat sich in den letzten Jahren etwas verschärft und wird vor dem internationalen Strafgerichtshof verhandelt.

Zu Beginn des Jahres 2008 schienen die Verhandlungen mit Kroatien ins Stocken zu geraten: Die mit 1. Januar 2008 einseitig proklamierte Fischereizone außerhalb kroatischer Territorialgewässer belasteten sowohl die Beziehungen Kroatiens mit seinen EU-Nachbarn Italien und Slowenien als auch zur EU selbst. Offiziell sprach Zagreb von einer ökologischen Zone zum Schutz des Fischbestandes in der Adria. Gleichzeitig beanspruchte Kroatien damit aber auch internationale Hoheitsrechte jenseits seiner Territorialzonen. Die ausgerufene Zone selbst umfasst rund 25.000 Quadratkilometer. Die kroatische Seite berief sich dabei auf internationales Recht und verweist darauf, dass es dafür bereits Präzedenzfälle in der Region gebe: auch Italien und Slowenien hätten derartige Zonen einseitig proklamiert.

6.

Kurzbeschreibung Mazedonien

Fläche:	25 713 km ²
Einwohner:	2,036 Mio.
BIP/Einwohner:	3070 Euro
Wachstumsrate:	3,0 %
Arbeitslosenrate:	35 %
<i>Quelle: www.weltalmanach.de (2009)</i>	

Mazedonien ist ein Binnenstaat und grenzt im Norden an Serbien und an den Kosovo, im Osten an Bulgarien, im Süden an Griechenland und im Westen an Albanien. Mazedonien war die südlichste Teilrepublik Jugoslawiens und rief 1991 etwas später als Kroatien und Slowenien seine Unabhängigkeit aus. Die Muttersprache der Mehrheit der Bevölkerung ist das Mazedonische, die Sprache mit der zweitgrößten Zahl von muttersprachlichen Sprechern das Albanische. Daneben wird regional auch Türkisch, Serbisch und von Roma das Romani gesprochen. Viele Roma haben aber die Sprache des jeweiligen Gebietes übernommen.

Staat und Politik

Die Staatsform in Mazedonien ist laut der Mazedonischen Verfassung von 1991 eine Republik mit der Regierungsform einer parlamentarischen Demokratie. Das mazedonische Parteiensystem ist durch eine doppelte Polarität gekennzeichnet: einerseits eine ethnisch-nationale (slawisch-mazedonisch und albanisch) und andererseits eine politische (post-kommunistisch und antikommunistisch).

Nachbarschaftliche Beziehungen

Wegen des Namensstreits verhinderte **Griechenland** im April 2008 die von Mazedonien erwünschte Beitrittszusage der NATO an Mazedonien. Die Außenpolitik Mazedoniens ist stark durch die Bemühungen geprägt, Mitglied der NATO und der EU zu werden. Allerdings widersetzt sich der Nachbar Griechenland gegen die Aufnahme Mazedoniens unter dem Namen Republik Mazedonien.

Bulgarien hat als erstes Land die Unabhängigkeit der Republik Mazedonien am 15.1.1992 anerkannt und zwar unter ihren verfassungsmäßigen Namen. Bulgarien hat es jedoch lange abgelehnt, die Existenz einer separaten mazedonischen Nation und einer separaten mazedonischen Sprache anzuerkennen. Das führte bei der Vertragsunterzeichnung zwischen beiden Ländern zu einigen Komplikationen.

Serbien sieht seinen südlichen Nachbarn kritisch, weil sich Mazedonien von Jugoslawien abspaltete und auf Seiten der NATO im Kosovo-Konflikt stand. Mazedonien hat gemeinsam mit Montenegro im Herbst 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt. Wegen dieser Umstände ist die mazedonische Politik vor allem auf Beschwichtigung ausgelegt. Die angestrebten Beitritte zu NATO und EU sind zentrale Themen der mazedonischen Außenpolitik.

2004 trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU in Kraft.

Mazedonien war in Jugoslawien eines der wirtschaftlich rückständigsten Gebiete mit einer nur gering entwickelten Industrie und mit nur geringen Rohstoffvorkommen. Im Jahr 2000 wurden immer noch 9,7 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in der Landwirtschaft erwirtschaftet und nur 31,6 % in der Industrie. Die Arbeitslosenquote verharrte mit etwa 35 % auf weiterhin besorgniserregendem Niveau. Mazedonien ist noch einer der ärmeren Staaten Europas.

Wirtschaftliche Situation

Das Land leidet unter den typischen Problemen eines postsozialistischen Staates, z. B. einer ausgeprägten Korruption, einem zu großen Beamtenapparat und der Ineffizienz der (noch teilweise staatlichen) industriellen Betriebe. Die Schattenwirtschaft macht in Mazedonien wohl bis zu 45 % des BIP aus.

Die noch immer sehr hohe Arbeitslosigkeit stellt eines der wirtschaftlichen Hauptprobleme dar. Das Handelsbilanzdefizit ist hoch, die Einfuhren übertreffen die Ausfuhren um mehr als 70 %. Ausgeglichen wird dieses Missverhältnis bislang noch durch Transferzahlungen der im Ausland lebenden Mazedonier.

Exkurs

Der Disput um den Verfassungsnamen »Republik Mazedonien« begann mit der Unabhängigkeitserklärung Mazedoniens im Jahre 1991 und dauert bis zum heutigen Tag an. Anfangs fürchtete Athen territoriale Ansprüche Skopjes auf die griechische Provinz mit dem Namen Mazedonien. Bis 1993 verzögerte das die internationale Anerkennung des jungen Staates, der im April 1993 als FYROM in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde. Im Februar 1994 verhängte Griechenland unter der Ägide von Premierminister Andreas Papandreu ein Handelsembargo über Mazedonien.

1995 kam Bewegung in den Konflikt. Dank der internationalen Vermittler Cyrus Vance und Lord Owen unterzeichneten Skopje und Athen ein Interimsabkommen. Nach diesem Abkommen, welches 2002 ausgelaufen ist, änderte Mazedonien seine Staatsflagge: Sie zeigt jetzt nicht mehr den »Stern von Vergina«, sondern eine stilisierte Sonne. Zuvor hatte Mazedonien seine Verfassung um drei Passagen ergänzt, wonach es auf territoriale Ansprüche gegenüber seinen Nachbarn verzichtet, sich nicht in deren innere Angelegenheiten einmischt und Grenzänderungen allenfalls in Übereinstimmung mit internationalen Normen anstrebt.

Eine mögliche Lösung hat die Brüsseler Nichtregierungsorganisation »International Crisis Group« (ICG) vorgeschlagen. Darin listet die ICG drei Schlüsselemente auf, die beiden Seiten eine Einigung ohne Gesichtverlust ermöglichen könnten. So ist ein bilateraler Vertrag zwischen Mazedonien und Griechenland vorgesehen, der Griechenland berechtigt, für seinen Nachbarn die Bezeichnung »Ober-Mazedonien« oder eine andere zusammengesetzte Formel zu verwenden. Gleichzeitig dürfen Unternehmen beider Staaten für Waren und Dienstleistungen, die auf dem jeweiligen Territorium produziert werden, den Namen »Mazedonien« führen. Demgegenüber wird Mazedonien von der internationalen Staatengemeinschaft unter dem verfassungsmäßigen Namen »Republika Makedonija« anerkannt.

7.

Kurzbeschreibung Montenegro

Fläche:	13 812 km ²
Einwohner:	601 000
BIP/Einwohner:	4.130 Euro
Wachstumsrate:	16,1 %
Arbeitslosenrate:	9,0%

Quelle: www.weltalmanach.de (2009)

Montenegro (montenegrinisch/serbisch: Crna Gora, albanisch Mali i Zi). Der Balkanstaat ist mit etwa 622.000 Einwohnern (Volkszählung 2003: 620.145) und einer Fläche von 13.812 km² einer der kleineren Staaten Europas. Das Gebirgsland ist dünn besiedelt. Die Hauptstadt ist Podgorica.

Montenegro ist Mitglied der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarates. Die Einwohner Montenegros bezeichnen sich zu 43 % als Montenegriner, zu 32 % als Serben, zu etwa 8 % als Bosniaken, zu 5 % als Albaner und zu 4 % als slawische Muslime. Die Frage, ob die Montenegriner ein eigenes Volk oder ein Teil des serbischen Volkes sind, ist in der Bevölkerung selbst umstritten; insbesondere konservative Serben halten einen großen Teil der Montenegriner für einen Bestandteil des serbischen Volkes.

Ebenso gibt es bei der größten Minderheit, den vor allem im Norden des Landes (dem montenegrinischen Teil der Raschka beziehungsweise des Sandschak) lebenden Bosniaken und slawischen Muslimen, unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Bezeichnung ihrer Nationalität.

Montenegro galt seit den 1990er-Jahren u.a. als Zentrum des internationalen Zigaretenschmuggels. Die Opposition sieht in den Verwicklungen des Ministerpräsidenten Đukanović in den Schmuggel einen Grund für dessen Unabhängigkeitskampagne. Diesbezüglich stellte sich der Premier Montenegros Milo Đukanović nach seinem erneuten Amtsantritt als Premier Montenegros im Februar 2008 Ende März 2008 freiwillig den ermittelnden Beamten in Bari in Italien. Die Befragung umfasste etwa 80 Fragen. Eine Einigung mit dem Gericht in Bari, die der freiwilligen Beantwortung der Fragen durch Đukanović vorausgegangen war, verhindert die Veröffentlichung des Inhalts der Befragung. Die Befragung hätte schon im Sommer zuvor im Jahr 2007 stattfinden sollen, wurde jedoch erst Ende März nach der Wiederernennung Milo Đukanović' zum Premier, nachdem sein Parteikollege wegen Krankheit nach nur einem Jahr ausscheiden musste, durchgeführt.

Noch heute beschäftigen Montenegro zunehmend Schmuggel von Narkotika, Zigaretten, Waffen, Menschen, gestohlene Fahrzeuge aus der EU und unaufgeklärte Auftragsmorde der organisierten Kriminalität. Ein Beispiel hierfür ist der unaufgeklärte Mord an Dufiko Jovanović, Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung Dan, der in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai 2004 erschossen wurde. Die Verhandlung gegen einen Hauptverdächtigen wurde Ende 2006 aus Mangel an Beweisen ausgesetzt.

Zu den wichtigsten Bodenschätzen zählen Bauxit, Eisenerz und Braunkohle; in der Industrie gehören die Tabak-, Aluminium- und Salzverarbeitung zu den bedeutenden Produktionszweigen. In der Agrarwirtschaft werden vor allem Gemüse, Getreide, Kartoffeln, Tabak, Wein, Zitrusfrüchte, Oliven und Feigen angebaut. Außerdem spielt in Montenegro der Tourismus eine entscheidende Rolle. 15 % des Bruttoinlandsproduktes werden durch ihn erwirtschaftet; Montenegro ist laut World Travel & Tourism Council (WTTC) seit Jahren unter den wachstumsstärksten drei Reiseländern weltweit.

Im Jahr 1999 wurde als Währung die Deutsche Mark eingeführt. Im Zuge der Umstellung der Deutschen Mark auf den Euro wird seit 2002 als Landeswährung der Euro verwendet. Da das Land nicht an der Europäischen Wahrungunion teilnimmt, hat es nicht das Recht, eigene Euromunzen zu prägen.

Ende 2005 wurden erstmals seit 1913 wieder eigene Briefmarken herausgegeben.

8.

Kurzbeschreibung Serbien

Fläche:	77 474 km ²
Einwohner:	7, 439 Mio.
BIP/Einwohner:	4030 Euro
Wachstumsrate:	5,7 %
Arbeitslosenrate:	18,8%
<i>Quelle: www.weltalmanach.de (2009)</i>	

Serbiens jüngere Geschichte ist geprägt durch seine Rolle als größter Teilstaat Jugoslawiens. Die Regierung strebt einen Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO an. Mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 5 % bis 10 %, sowie der vor allem erhöhten ausländischen Investitionen als Folge der EU-Beitrittsbemühungen Serbiens, gilt die Wirtschaft Serbiens als eine der am schnellsten wachsenden in der Region.

Politik und Verwaltung

Serbien ist eine Parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament, der *Narodna Skupština* (wörtlich übersetzt: Volksversammlung) mit 250 Abgeordneten. Der Präsident wird alle vier Jahre vom Volk direkt gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Amtsinhaber seit 2004 ist Boris Tadić (DS), der am 3. Februar 2008 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde. In der Vojvodina gibt es weiterhin ein Regionalparlament. Die Bezirksregierungen der serbischen Okruzi werden dagegen von der Zentralregierung ernannt.

Die jüngste Geschichte Serbiens auf dem Weg in Richtung EU

Die am 8. November 2005 begonnenen Stabilisierungs- und Assoziierungsgespräche zwischen der EU und dem damals noch bestehenden Staatenbund *Serbien und Montenegro*, wurden zunächst im Frühjahr 2006 von Seiten der EU unterbrochen, da nach deren Ansicht die Regierung in Belgrad nicht genügend Aktivitäten zur Ergreifung der als Kriegsverbrecher gesuchten Radovan Karadžić und Ratko Mladić unternahm. Nach einer verbesserten Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) wurden die Gespräche fortgeführt und mündeten am 7. November 2007 in der Paraphierung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Unterzeichnet werden soll das Abkommen aber erst nach der Überstellung von Karadžić und Mladić an das ICTY.

Die wirtschaftliche Situation Serbiens

Ein Großteil der seit Jahrzehnten nach Serbien fließenden Devisen stammt von den im Ausland lebenden Serben, das sind u. a. Einnahmen durch die Tourismusbranche, Klein-, ver einzelt Großinvestitionen im eigenen Land in verschiedene Projekte oder als Unterstützung für ihre Familien. Diese betragen ca. 3,5 Mrd. Dollar jährlich. Serbien gehört zu den Ländern, die eine Einheitssteuer (*flat tax*) haben.

Etwa 40 % der gesamten Fläche Serbiens sind agrarisch nutzbar. Die Landwirtschaft macht ca. 16,6 % des serbischen Bruttoinlandsprodukts aus. Gemäß der Statistik aus dem Jahr 2002 arbeiteten rund 30 % der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft. Der industrielle Sektor des Landes befindet sich seit einigen Jahren in stetigem Wachstum. Die meisten Firmen in Serbien waren staatliche Unternehmen.

Exkurs

Ab 1991 begann Jugoslawien zu zerfallen, alle Teilrepubliken bis auf Serbien und Montenegro erklärten nach und nach die Unabhängigkeit. Daraufhin gründeten Serbien und Montenegro am 27. April 1992 die Bundesrepublik Jugoslawien. Diese war zwar nicht als alleiniger Rechtsnachfolger der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien anerkannt, konnte aber Jugoslawiens Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen fortführen.

Mit der Loslösung Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas brachen die Jugoslawienkriege aus. Erst intervenierte die Jugoslawische Volksarmee, die von Belgrad aus kommandiert wurde. Sie musste jedoch nach der internationalen Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens diese nun nicht mehr jugoslawischen Territorien verlassen. Serbien unterstützte militärisch und finanziell die serbischen Paramilitärs in den Kriegsgebieten Kroatiens und Bosniens, unterbrach diese Unterstützung jedoch, nachdem die UNO ein Handelsembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beschloss.

Auslöser der Sanktionen waren die bekanntgewordenen ethnischen Säuberungen, die sich gegen die bosnischen Muslime richteten. Mit Unterstützung Serbiens war es den kroatischen und bosnischen Serben gelungen, große Gebietsgewinne zu erringen. Die meisten dieser Gebiete gingen jedoch im Verlauf des Krieges wieder verloren. Im Zuge der kroatischen Militäroperation Oluja im August 1995 wurden etwa 200.000 kroatische Serben, darunter die geschlagene Armee der Republik Serbische Krajina, vertrieben. Als die kroatische Armee und die bosnischen Streitkräfte in Bosnien weiter vorrückten, flohen auch viele bosnische Serben in die Bundesrepublik Jugoslawien oder zogen in Drittländer und sind teilweise bis heute dort geblieben.

Nach dem Abkommen von Dayton das den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina besiegelte und dem Ende der Krajina blieb nach 1995 der Status der mehrheitlich von Albanern besiedelten Provinz Kosovo die letzte politisch brisante Frage in den Zerfallskriegen Jugoslawiens. Für alle Führer der Albaner stellte die Unabhängigkeit von Serbien die zentrale politische Forderung dar. Auf die prekäre Menschenrechtsituation im Kosovo machte amnesty international im *Jahresbericht 1996* aufmerksam. Die zunehmend gewalttätigeren Unruhen im Kosovo versuchte die serbische Führung unter Slobodan Milofević mit polizeilichen und schließlich auch militärischen Mitteln zu beenden.

Die mit terroristischen Mitteln operierende UÇK (»Befreiungsarmee des Kosovo«) begann 1996 mit verstärkten Angriffen auf serbische Sicherheitskräfte. Zudem kam es zu Gewaltaktionen gegen die serbische Zivilbevölkerung in den Städten. Mit der Aufrüstung der UCK aus Waffenbeständen der Albanischen Armee, wo nach dem Lottereaufstand die öffentliche Ordnung völlig zusammenbrach und ganze Munitions-Bestände geplündert wurden, setzte diese den Konfrontationskurs gegen serbische Sicherheitskräfte verstärkt fort, dem sich aber die Partei Ibrahim Rugovas widersetzte.

Nach den serbischen Präsidentschaftswahlen 1997, die von den Kosovo-Albanern fast geschlossen boykottiert wurden, eskalierte die Situation weiter. Durch verstärkte Aktivität der UCK, die im Verlauf des Jahres 1998 die

Kontrolle in der Region Drenica an sich reißen konnte, begannen serbische Sicherheitskräfte eine koordinierte polizeiliche Gegenoffensive, die von Einheiten der Armee unterstützt wurde und mit der Zerschlagung des Kerns der UCK Einheiten in der Region Drenica endete.

Nach neuerlichem Aufflammen der Gefechte im Frühjahr 1999 versuchte die NATO unter Führung der USA der Serbischen Führung den Vertrag im französischen Rambouillet aufzuzwingen, der durch einen geheimen militärischen Anhang die Besetzung der Bundesrepublik Jugoslawien durch NATO Truppen beinhaltete, welcher für die serbische Regierung aber schlicht unannehmbar war. Die Ablehnung des Ultimatums der Besetzung Jugoslawiens interpretierte die NATO als *Casus Belli* und ab dem 24. März 1999 bombardierten Flugzeuge des westlichen Militärbündnisses 78 Tage lang die gesamte Bundesrepublik Jugoslawien.

Der ohne UNO-Mandat erfolgte Luftkrieg, als *Humanitärer Krieg* bezeichnet, hatte die gewaltsame Besetzung eines Teils von Serbien als Ziel. Durch die Aufhebung der territorialen Souveränität eines Landes sowie das ohne UNO Mandat erfolgte militärische Eingreifen des westlichen Militärbündnisses stellt nach Ansicht eines Teils von Völkerrechtlern eine völkerrechtswidrige Handlung dar, ist hingegen nach Ansicht anderer Experten durch das Nothilferecht legitimiert.

Die Situation der Kosovo-Albaner verschärfte sich indes, weil die serbischen Streitkräfte sich nicht, wie erwartet, sofort aus dem Gebiet zurückzogen. Unter dem Druck der Bombardierungen stimmte die jugoslawische Regierung am 10. Juni 1999 der UN-Resolution 1244 zu und unterzeichnete das *Abkommen von Kumanovo*.

Am 17. August 2004 hat die serbische Nationalversammlung einstimmig das frühere königliche Wappen und die Hymne Bože Pravde des 19. Jahrhunderts als zu verwendende nationale Symbole vorgeschlagen, jedoch nur provisorisch, bis eine endgültige Lösung bestimmt wird. Die Hymne und das Wappen aus Zeiten der serbischen Monarchie sollen die letzten kommunistischen Symbole ersetzen. Das Wappen zeigt einen doppelköpfigen silbernen Adler, ein silbernes Kreuz und eine Krone.

9.

Kurzbeschreibung Türkei

Fläche:	779 000 km ²
Einwohner:	72,975 Mio.
BIP in KKP/Einwohner:	5.400 US-Dollar
Wachstumsrate:	6,1 %
Arbeitslosenrate:	9,9 %

Quelle: www.weltalmanach.de (2009)

Die Geschichte der Türkei als republikanischer Staat begann im Jahr 1923. In einer Serie von kulturevolutionären Gewaltaktionen versuchte Mustafa Kemal »Atatürk« einen modernen Staat nach westlichem Vorbild zu schaffen. Das Konzept »Kemalismus« kristallisiert sich dabei in sechs Prinzipien, die 1934 in das Programm der von Atatürk gegründeten Staatspartei, der »Republikanischen Volkspartei« (CHP) aufgenommen wurden. Sie lauten: Nationalismus (Errichtung eines türkischen Nationalstaates), Säkularismus (Laizismus, d.h. Trennung von Staat und Religion und somit Abkehr von der islamischen Reichsidee), Republikanismus (Wahl der republikanischen Regierungsform unter endgültiger Absage an die Wiedereinführung einer Sultans- oder Kalifatsherrschaft) und Populismus (Gleichheit der Bürger ohne Ansehen von Volkszugehörigkeit, Sprache und Glauben, zugleich sollte der »Wille des Volkes« als konstitutives Element des türkischen Staates anerkannt werden), Etatismus (bestimmende Rolle des Staates in der Wirtschaft), Reformismus (Postulat einer permanenten dynamischen Umformung von Staat und Gesellschaft).

Seit den Reformen Atatürks hat die Türkei einen Neuorientierungsprozess vollzogen, der so umfassend, radikal und – trotz Rückschlägen – nachhaltig ist, wie in keinem anderen islamischen Land. Das Bestreben, sich in das westliche Europa zu integrieren, führt bis heute zu Demokratisierungsmaßnahmen, wie zuletzt im August 2002 zu den Verfassungsänderungen.

Das neue Zivilgesetzbuch, das am 1. Januar 2002 in Kraft trat, war ein Wendepunkt in den Anstrengungen der Türkei bei der Angleichung an die EU-Standards, da das Gesetzbuch bedeutende Änderungen auf den Gebieten der Geschlechtergleichberechtigung, des Schutzes des Kindes und der Schwachen sowie der Vereinigungsfreiheit einführte.

Hinsichtlich der politischen Reformen wurden 2007 jedoch nur begrenzte Fortschritte erzielt.

- Bei der freien Meinungsäußerung und den Rechten von nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften bedarf es noch erheblicher Bemühungen.
- Weitere zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, im Justizsystem, den Rechte für Gewerkschaften, Kinder und Frauen, kulturellen Rechten sowie im Bereich der zivilen Aufsicht über die Sicherheitskräfte.
- Die neue Regierung sollte in diesen prioritären Bereichen nun unverzüglich handeln.
- In Bezug auf die dringlichsten Themen, nämlich die freie Meinungsäußerung und die Religionsfreiheit, sollte die Regierung sofortige Schritte einleiten.
- Die terroristischen Anschläge der PKK, die auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen steht, haben zugenommen. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Türkei und Irak dieses Problem durch eine Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden angehen, wobei das Völkerrecht zu achten ist.

- Die Türkei muss die ernstlichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Südosten des Landes lösen. Außerdem hat die Türkei ihre Beschränkungen der direkten Verkehrsverbindungen zu Zypern aufrechterhalten.

Wirtschaft

2002 und 2003 begann die Wirtschaft, sich von der einschneidenden Rezession im Jahre 2001 zu erholen. Motor des Aufschwungs waren hauptsächlich Exporte und die Wiederauffüllung der Lagerbestände. Die Inlandsnachfrage scheint seit kurzem wieder anzuziehen, der Inflationsdruck hat nachgelassen. Die Realzinssätze sind jedoch nach wie vor hoch, und die Arbeitslosigkeit hat weiter zugenommen, im zweiten Quartal 2003 10 % gegenüber 9,3 % im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote schwankt deutlich zwischen 13,2 % in städtischen Gebieten und 6,3 % auf dem Lande. Die Jugendarbeitslosigkeit ist auf 20 % angestiegen. Obwohl sich die Einkommensunterschiede in den letzten Jahren erheblich verschärft haben, konnte die Herausbildung absoluter Armut weitgehend vermieden werden.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei

Mit der Aufnahme Zyperns in die EU hat sich das historisch feindliche Verhältnis zwischen der Türkei und Griechenland nicht verbessert. Grenzstreitigkeiten im Seegebiet sowie gegensätzliche Standpunkte bezüglich der geteilten Insel Zypern (der griechische Süden Zyperns ist 2004 als Mitgliedstaat der EU beigetreten, die Republik im türkisch dominierten Norden ist nur von der Türkei anerkannt und wird durch türkische Truppen unterstützt) belasten die Beziehungen. Die Annäherung der Türkei an die EU setzt allerdings eine konstruktive Haltung Ankaras in der Zypernfrage voraus. Die von der EU als Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen geforderte türkische Anerkennung des griechischen Teils Zyperns als Staat ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Allerdings muss auch beachtet werden, dass die von der UNO anvisierte Wiedervereinigung der Insel nicht an den türkischen Zyprioten, sondern am negativen Votum der Zyperngriechen gescheitert ist.

ifa



Institut für Auslands-
beziehungen e. V.

Impressum

Herausgeber:

Institut für Auslandsbeziehungen e.V.

Charlottenplatz 17

70173 Stuttgart

www.ifa.de

Autoren: Holger-Michael Arndt, Dr. Ragnar Müller, Markus Behne, Ingrid Halbritter

»Kulturen verbinden«

